

KOPS – Kaiserslautern Occasional Papers in Political Science

Lukas D. Herr

A Myth that Matters: Der amerikanische Exzeptionismus und der Versuch einer Konzeptionalisierung der ideationalen liberalen Außenpolitiktheorie

No. 6 | Juni 2016

Politikwissenschaft der Technischen Universität Kaiserslautern

A Myth that Matters:
Der amerikanische Exzeptionalismus
und der Versuch einer Konzeptionali-
sierung der ideationalen liberalen
Außenpolitiktheorie

Lukas D. Herr

KOPS No. 6 (Juni 2016)

Technische Universität Kaiserslautern
Politikwissenschaft
Postfach 3049
67653 Kaiserslautern
Telefon: +49631-205-2461
Telefax: +49631-205-3850

<http://www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/publikationen/kops/>

ISSN 1861-7018
© Kaiserslautern, Juni 2016

Zusammenfassung

Die Forschung zum amerikanischen Exzeptionalismus als Teil der kollektiven Identität der USA lässt eine systematische Einordnung der exzeptionellen Selbstzuschreibungen der USA im Kontext militärischer Interventionspolitik bisher weitgehend vermissen. Basierend auf den beiden grundlegenden Dimensionen einer exemplarischen und einer missionarischen Selbstzuschreibung werden in dieser Studie vier Idealtypen des amerikanischen Exzeptionalismus gebildet, die als ideationales Analyseraster der amerikanischen Interventionspolitik dienen können. Ausgehend von der Doppelfunktion des amerikanischen Exzeptionalismus als Movens außenpolitischer Präferenzen und als strategische Legitimationsgrundlage wird in einem historisch angeleiteten Vergleich gezeigt, dass Elemente dieser vier Idealtypen die außenpolitischen Traditionen der USA maßgeblich (mit)geprägt haben. Zur weiteren Einordnung des amerikanischen Exzeptionalismus in den außenpolitischen Präferenzbildungsprozess der USA wird in einem zweiten Schritt die ideationale Variante der liberalen Außenpolitiktheorie nach Andrew Moravcsik um den Faktor der politischen Kommunikation ergänzt. Der amerikanische Exzeptionalismus dient dem Präsidenten dabei als narrativer Diskursrahmen außenpolitischer Interpretations- und Deutungsangebote, mit denen er die Öffentlichkeit zu mobilisieren und den Kongress von seinen außenpolitischen Absichten zu überzeugen versucht. In diesem Zusammenhang gilt: Je kongruenter die außenpolitischen Deutungsangebote mit dem Narrativ des amerikanischen Exzeptionalismus, desto wirkmächtiger ihre Bedeutung für den gesellschaftlichen Diskurs der USA über Außenpolitik. Entgegen den Annahmen der liberalen Außenpolitiktheorie zeigt sich, dass der Präsident als *Strategic Narrator* des amerikanischen Exzeptionalismus die Öffentlichkeit nicht nur repräsentieren, sondern auch zu seinen Gunsten mobilisieren kann.

Abstract

Research on American exceptionalism as part of a national identity currently lacks a systematic clarification of the exceptional self-ascriptions of the United States and their ramifications on U.S. military interventions. Based on the dimensions of an exemplary and missionary self-ascription, this study develops four ideal types of American exceptionalism that serve as a template for further analyses of American exceptionalism and U.S. military interventions. Based on the twin function of American exceptionalism as a driving force of foreign policy preferences and as a strategic bedrock to legitimate American military interventions, a historically guided comparison shows that elements of these four ideal types crucially shaped the U.S. foreign policy traditions. To further clarify the role of American exceptionalism in the foreign policy preference formation process of the United States, this study attempts to conceptualize the ideational variant of Andrew Moravcsik's liberal theory. American exceptionalism serves as a narrative background for presidential framing processes in order to mobilize the public and to persuade Congress of his foreign policy intentions. It holds that the more congruent the foreign policy frame is with the narrative of American exceptionalism, the more powerful it becomes in the U.S. foreign policy discourse. In contrast to the assumptions of liberal theory, this study shows that the president as a *Strategic Narrator* of American exceptionalism not only represents, but also mobilizes the general public in terms of his own political goals.

Vorwort

Angestoßen wurde diese Studie durch erste Überlegungen zur Bedeutung des amerikanischen Exzeptionalismus für die Außenpolitik der USA im November 2014. Was ein Jahr später unter dem Namen „American Exceptionalism Revisited“ erfolgreich als Jahrestagung der Politikwissenschaftler der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien in Lambrecht stattfinden sollte, markiert den Ausgangspunkt dieses nun in der Endfassung vorliegenden KOPS.

Während mir letztes Jahr die erste eigene Monographie noch als etwas Unmögliches erschien, habe ich deren Verwirklichung zunächst der Unterstützung von Prof. Dr. Jürgen Wilzewski zu verdanken, der mir im Rahmen meiner Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand in seiner Arbeitsgruppe wichtige Denkanstöße geliefert und für ein hervorragendes Arbeitsumfeld gesorgt hat. Mit meinen Kollegen Dr. Florian Böller, Dr. Steffen Hagemann und Marcus Müller, M.Ed. in der Arbeitsgruppe Politikwissenschaft II der TU Kaiserslautern habe ich erste Fassungen der nun vorliegenden Studie diskutiert. Ihnen danke ich für viele wichtige und konstruktive Vorschläge. Mein Dank gilt auch Philip Vollmar, B.A. und Sarah Adrian, die mich in ihrer Funktion als wissenschaftliche Hilfskräfte bei der Erstellung des Endmanuskripts unterstützt haben. Danken möchte ich zudem Johannes Artz, B.A., der die Studie vor der Drucklegung noch einmal Korrektur gelesen hat.

Ganz besonders danken möchte ich meinen Eltern Axel und Heidrun sowie meinem Bruder Adrien, die mich seit meinen Anfängen im Studium bis heute über alle Maßen unterstützt haben. Dass ich diese Schrift nun in den eigenen Händen halten kann, liegt nicht zuletzt auch an meiner Freundin Jasmin, ohne die ich das anspruchsvolle Programm von Lehre und Forschung so nicht durchgestanden hätte. Ihr widme ich diese Studie.

Kaiserslautern im Juni 2016

Lukas D. Herr

Inhalt

1. <i>A War Prone Nation?</i> Zur Debatte des amerikanischen Exzeptionalismus und der kulturellen Gewaltneigung der USA...	1
2. <i>Typologies of Exceptionalism:</i> Idealtypen des amerikanischen Exzeptionalismus und ihre Doppelfunktion als Identitäts- und Legitimationselemente.....	6
2.1. <i>A Reluctant Exceptionalism?</i> Die Überlagerung des nationalen Missionsgedanken und das Primat wirtschaftlicher Prosperität der <i>Hamiltonians</i>	14
2.2. <i>A Seclusive Exceptionalism?</i> John Winthrops exemplarische Nation und die kostensensitive Außenpolitik der <i>Jeffersonians</i>	21
2.3. <i>A Crusading Exceptionalism?</i> Die interventionistische Grundorientierung der <i>Jacksonians</i> und das Vermächtnis der „manifest destiny“	31
2.4. <i>A Cooperative Exceptionalism?</i> Der friedensfördernde Internationalismus der <i>Wilsonians</i> als außenpolitische Präferenz des kooperativen Exzeptionalismus	40
3. <i>Ideational Liberalism Conceptualized:</i> Die ideationale Variante der liberalen Außenpolitiktheorie und die exzeptionelle Identität der USA	48
3.1. <i>Embedding American Exceptionalism:</i> Außenpolitische Einstellungsmuster der amerikanischen Öffentlichkeit als Präferenzanker des amerikanischen Exzeptionalismus	54
3.2. <i>Narrating American Exceptionalism:</i> Die Konstruktion exzeptioneller Narrative als Legitimationshintergrund präsidentieller Deutungsangebote.....	58
4. <i>A Propensity to Crusade?</i> Die Interventionspolitik der USA als Funktion exzeptioneller identitätsbasierter gesellschaftlicher Präferenzen und institutioneller Transmissionsprozesse	64
Quellen und Literatur.....	70

Zum Autor	80
------------------------	-----------

Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1:</i> Idealtypen des amerikanischen Exceptionalismus.....	12
<i>Tabelle 2:</i> Exzeptionelle Elemente des „Reluctant Exceptionalism“ und ihre beförderten Präferenzen.....	20
<i>Tabelle 3:</i> Exzeptionelle Elemente des „Seclusive Exceptionalism“ und ihre beförderten Präferenzen.....	30
<i>Tabelle 4:</i> Exzeptionelle Elemente des „Crusading Exceptionalism“ und ihre beförderten Präferenzen.....	39
<i>Tabelle 5:</i> Exzeptionelle Elemente des „Cooperative Exceptionalism“ und ihre beförderten Präferenzen.....	47
<i>Tabelle 6:</i> „Ideational Liberalism“ nach Moravcsik.....	51
<i>Tabelle 7:</i> Konzeptionalisierung des „Ideational Liberalism“ durch identitätsbasierte Präferenzen der Öffentlichkeit.....	58
<i>Tabelle 8:</i> Konzeptionalisierung des „Ideational Liberalism“ durch Mobilisierung der Öffentlichkeit durch den Präsidenten.....	63

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1:</i> Einstellungsmuster der US-amerikanischen Öffentlichkeit zur Intervention im Irak: »Do you agree or disagree that the United States should take all action necessary, including the use of military force, to make sure that Iraq withdraws its forces from Kuwait?« (in Prozent).....	18
---	----

Abbildung 2: Einstellungsmuster der amerikanischen Öffentlichkeit zur militärischen Intervention in Libyen. »Do you think that the U.S. and its allies made the right decision or the wrong decision to conduct military airstrikes in Libya?« (in Prozent)..... 28

Abbildung 3: Einstellungsmuster der US-Bürger zu den Kriegen in Afghanistan und Irak: »[Do] you think the the United States made a mistake in sending troops/military forces to Iraq/Afghanistan, or not?« (in Prozent). 37

1. *A War Prone Nation?*

Zur Debatte des amerikanischen Exzeptionalismus und der kulturellen Gewaltneigung der USA

„Exceptionalism has gone viral.“ Zu dieser Einschätzung gelangte James W. Ceaser in seiner 2012 erschienen Studie „The Origins and Character of American Exceptionalism“.¹ Vor allem seit 2010 scheint der Begriff des amerikanischen Exzeptionalismus ein virales Schlagwort geworden zu sein, das nicht mehr nur wie früher im akademisch-wissenschaftlichen, sondern nun auch im breiten gesellschaftspolitischen Diskurs Verwendung findet.² Maßgeblichen Anteil an seiner Verbreitung hatte der 44. Präsident der Vereinigten Staaten, Barack Obama, der 2009 zu Beginn seiner ersten Amtsperiode sagte: „I believe in American exceptionalism, just as I suspect that the Brits believe in British exceptionalism and the Greeks believe in Greek exceptionalism.“ (Obama 2009a) Die Außergewöhnlichkeit der USA und das exzeptionelle Selbstverständnis des Präsidenten scheinen durch die Aussage Obamas und seinem Glauben an die Exzeptionalität anderer Nationen relativiert und marginalisiert. Vor allem im Vorfeld der 57. Präsidentschaftswahlen 2012 musste sich Obama deshalb gegen den Vorwurf erwehren, nicht an das Selbstverständnis der USA als außergewöhnliche Nation zu glauben (so die damaligen republikanischen Präsidentschaftskandidaten Rick Perry (Texas), Mitt Romney (Massachusetts) und Herman Cain (Georgia)). Im zweiten, oft weniger zitierten Teil seiner Antwort fügte Obama hingegen an, „we [America, L.D.H.] have a core set of values that are enshrined in our Constitution, in our body of law, in our democratic practices, in our belief in free speech and equality that, though imperfect, are exceptional.“

¹ Die Studie erschien in der ersten Ausgabe des 2012 neu gegründeten Journals „American Political Thought“, die unter dem Titel „American Exceptionalism: Is It Real, Is It Good.“ erschien.

² Laut Terrence McCoy (2012) tauchte der Begriff „American exceptionalism“ zwischen 1980 und 2000 457 Mal in amerikanischen Publikationen auf. Zwischen 2000 und 2010 bereits 2558 Mal und seit 2010 4172 Mal (Stand 2012).

(ebd.) Obamas vermeintliche Relativierung des amerikanischen Exzeptionalismus galt damit in Wahrheit der Umdeutung des außenpolitischen Paradigmas der Bush-Administration, die ihre unilaterale Außen- und Interventionspolitik im Zuge des weltweiten „War on Terror“ mit einem missionarisch-interventionistischen Selbstverständnis der USA verbunden hatte (vgl. Hils 2006; Monten 2005; Prestowitz 2003).

Obamas Appell an die außergewöhnlichen Werte der USA, wie sie sich vor allem in der Verfassung von 1787 und ihren demokratischen Praktiken manifestieren, sollte den außenpolitischen Kurs der USA nach den Interventionen in Afghanistan 2001 und Irak 2003 wieder zurück auf eine kostensensitivere und zurückhaltendere Grundorientierung lenken. Die ausgeprägte Interventionsbereitschaft der Bush-Administration scheint jedoch eher die Regel als eine Ausnahme für das außenpolitische Verhalten der USA seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu sein. Nach Berechnungen des amerikanischen Publizisten Robert Kagan (2014) führten die amerikanischen Streitkräfte seit 1898 insgesamt 26 größere Interventionen („boots on the ground“) in Europa, Asien oder dem Nahen Osten durch.³

Dies entspricht rechnerisch einer Intervention alle viereinhalb Jahre, wobei sich das Intervall seit Ende des Ost-West-Konfliktes 1990 auf drei Jahre verkürzte (ebd.). Nach dem Zerfall der Sowjetunion sahen sich die Vereinigten Staaten entgegen dem Diktum vom „Ende der Geschichte“ einer Vielzahl außenpolitischer Probleme und Herausforderungen gegenübergestellt. Auf die UN-mandatierte Befreiung Kuweits von der irakischen Besatzung 1991 folgten die humanitären Interventionen im Kontext genozidaler innerstaatlicher Konflikte Mitte und Ende der 90er Jahre, die militärischen Invasionen in Afghanistan und im Irak im Zuge des „War on Terror“ nach den Terroranschlägen vom 11. September und zuletzt die Luftschläge der Obama-Administration in Libyen 2011 gegen den damaligen Diktator Muammar al-Gaddafi und seit 2014 gegen den Islamischen Staat in Syrien und dem Irak. Der Einsatz militärischer Gewalt der USA unterscheidet sich in den genannten Fällen jedoch in hohem Maße in der Anzahl eingesetzter Truppen, ihrer zugrundeliegenden Zielsetzung, des Ausmaßes an Kriegshandlungen und ihrer rechtlichen Autorisierung (vgl. Torreón 2015).

³ Kleinere Militäroperationen wie bspw. die „Operation El Dorado Canyon“ gegen Muammar al-Gaddafi 1986 wurden von Kagan dabei nicht miteingerechnet.

Die Varianz amerikanischer Interventionsbereitschaft sowie die unterschiedlichen Zielsetzungen geben somit Anlass zur Frage, warum die Vereinigten Staaten zum Einsatz militärischer Gewalt neigen und wie diese innenpolitisch gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit legitimiert und befördert wird. Als grundlegendstes Kriterium wurde dabei die Unterscheidung in eine liberale und eine realistische Einschätzung internationaler Politik ausgemacht, die das Interventionsverhalten und die Außenpolitik der USA determiniere (vgl. Choi/James 2014; Posen/Ross 1996/97). Dem liberalen Paradigma amerikanischer Außenpolitik nach haben die Vereinigten Staaten eine hohe Interventionsbereitschaft zur Verteidigung humanitärer Ideale, wohingegen aus realistischer Sicht die USA vor allem die nationale Sicherheit in den Fokus ihrer selektiven Interventionsbereitschaft rücken. Andere Autoren heben hingegen die kulturellen Eigenheiten der USA als Grund ihres außenpolitischen Verhaltens hervor, allen voran den amerikanischen Exzeptionalismus als Teil der kollektiven Identität, der die Interessen amerikanischer Außenpolitik und somit deren Interventionsbereitschaft definiere (vgl. Ruggie 1997). In der Debatte über die kulturelle Gewaltneigung der USA hat sich der amerikanische Exzeptionalismus aus liberaler Perspektive amerikanischer Außenpolitik vor allem als begünstigender Faktor innerhalb des außenpolitischen Aushandlungsprozesses der USA herausgestellt, der risikoaffine außenpolitische Präferenzen zu legitimieren vermag (vgl. Sohnius 2013; Müller 2004; Czempiel 2002). Was die missionarische Interventionspolitik in Afghanistan 2001 und dem Irak 2003 unter George W. Bush mit den kostensensitiven Luftschlägen der Administration Barack Obamas in Libyen 2011, der humanitären Intervention Bill Clintons in Haiti 1994 und der Intervention George H. W. Bushs im Irak 1991 somit eint, ist deren Legitimation vor dem Hintergrund des amerikanischen Exzeptionalismus und die Beimischung exzeptioneller Elemente im Kontext der gesellschaftlichen Präferenzbildung in der Außen- und Sicherheitspolitik der USA.

Die vorliegende Arbeit hat deshalb zum Ziel, die amerikanische Interventionspolitik und die entsprechende präsidentielle Rhetorik diese zu legitimieren und gegenüber dem Kongress und der Öffentlichkeit zu befördern zu analysieren. Die durch den amerikanischen Exzeptionalismus aufgeworfenen Aspekte kultureller Gewaltneigung der USA sind besonders vor den Postulaten der Theorie des Demokratischen Friedens rele-

vant, die von kriegsabgeneigten Besitzbürgern eine friedliche Außenpolitik von Demokratien erwarten lässt (vgl. Czempel 1996). Die teils hohe und über längere Zeiträume andauernde Interventionsbereitschaft der USA widerspricht offensichtlich der Annahme liberaler Außenpolitiktheorien, wonach Demokratien aufgrund friedensstiftender Normen und risikoaverser Präferenzen der Gesellschaft friedfertig seien (vgl. Müller 2002). Innerhalb des liberalen Forschungsparadigmas wurde die Interventionsbereitschaft der USA durch Transmissionsdefekte des politischen Systems (Müller 2015), mediale Manipulation der Öffentlichkeit (Hils 2008) oder institutioneller Faktoren wie der Servilität oder Unterordnung des amerikanischen Kongresses zu erklären versucht (Böller 2014). Bisher fehlt jedoch eine genaue Analyse dessen, wie die Bandbreite amerikanischer Interventionspolitiken vor dem Hintergrund eines Selbstverständnisses der USA als exzeptionelle Nation zu verstehen ist und wie im außenpolitischen Präferenzbildungsprozess der USA risikoaffine Interventionspolitiken vor dem Hintergrund des amerikanischen Exzeptionalismus legitimiert und befördert werden. Zu diesem Zweck wird eine Typologisierung des amerikanischen Exzeptionalismus als Missionsgedanke vorgenommen, wie er als außenpolitisch relevantester Modus des amerikanischen Exzeptionalismus identifiziert wurde (vgl. Krakau 2009; Monten 2005). Dieses analytische Raster dient der weiteren Erfassung, Einordnung und Interpretation des ideationalen Charakters des amerikanischen Exzeptionalismus im außenpolitischen Präferenzbildungsprozess der USA. Wie gezeigt wird, haben *erstens* die einzelnen Typen des amerikanischen Exzeptionalismus aufgrund ihrer Legitimationsfunktion Einzug in die kollektive Identität der Vereinigten Staaten gefunden und konstituieren so den außenpolitischen Präferenzbildungsprozess ursächlich mit. Die in dieser Arbeit vorgestellten vier Idealtypen des amerikanischen Exzeptionalismus dienen *zweitens* in Form exzeptioneller Narrative als Diskursrahmen politischer Deutungs- und Interpretationsangebote des Präsidenten, der auf diese Weise seine Deutungshoheit zu transportieren versucht. Im Bereich der Interventionspolitik ist es vor allem der Präsident, dem als Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte und Exekutive der amerikanischen Regierung die nationalen *war powers* zukommen (vgl. Adler 2013; Yoo 2005). Exzeptionelle Narrative haben das Ziel, die amerikanische Gesellschaft von der Legitimität präsidentieller Deutungs- und Interpretationsangebote zu überzeugen

und die präsidentiellen Präferenzen gegenüber dem Kongress als institutionellem Vetospieler des Präsidenten zu befördern. Als Grundlage einer genauen Darstellung des außenpolitischen Präferenzbildungsprozesses der USA dient dabei der von Andrew Moravcsik (1997: 525-528) entwickelte *Ideational Liberalism*, der mit sozialen Identitäten als Grundlage außenpolitischer Präferenzen als Schnittstelle zwischen rationalen und konstruktivistischen Ansätzen gesehen werden kann. Die Absicht dieser Arbeit ist es, die unterspezifizierte Ausarbeitung dieses Theoriekomplexes um die kausalen Zusammenhänge zwischen Identität und Präferenzen der Gesellschaft und außenpolitischem Verhalten der USA zu erweitern. Die Arbeit nimmt somit Anteil an der weiteren Konzeptionalisierung der liberalen Außenpolitiktheorie und kann auch im Kontext der Forschung zum Demokratischen Krieg als Schattenseite des Demokratischen Friedens gesehen werden.

2. *Typologies of Exceptionalism:* Idealtypen des amerikanischen Exzeptiona- lismus und ihre Doppelfunktion als Identitäts- und Legitimationselemente

Als grundlegendste Einteilung im wissenschaftlichen Diskurs über den amerikanischen Exzeptionalismus fungiert der Dualismus eines empirisch nachweisbaren Unterschieds der USA zu anderen Nationen aufgrund idiosynkratischer Eigenschaften (so z.B. Hartz 1955; Lipset 1997) und einer ideellen Besonderheit der USA gegenüber anderen Nationen (so z.B. McDougall 1997; Mead 2002). Beiden Standpunkten gemein ist die Begründung der Einzigartigkeit der amerikanischen Nation basierend auf den als universal verstandenen liberalen Grundwerten der USA. Dieser liberale Exzeptionalismus, zusammen mit dem schon bei John Winthrop angelegten Gefühl eines Herausgehoben- und Auserwähltsein der amerikanischen Nation, befördert im außenpolitisch relevanten Diskurs den Gedanken einer Mission (vgl. Krakau 2009).

Dieser Missionsgedanke besteht zum einen aus der Verantwortung zur kontinuierlichen Selbstprüfung und Pflege der als einzigartig verstandenen Werte, zum anderen aus der Pflicht, diese Werte anderen Nationen aktiv zu vermitteln (vgl. ebd.: 50). Vor allem die Pflicht zur aktiven Vermittlung ist es, die als Begründung für das missionarische Sendungsbewusstsein der USA und die damit korrespondierende Interventionsbereitschaft herangezogen wurde und wird. Monten (2005) sieht die neo-konservative Ideologie der Administration George W. Bushs und deren Interventionsbereitschaft in Afghanistan und im Irak im Kontext dieses missionarischen Sendungsbewusstseins und der darin implizierten Politik des Demokratieexports und des gewaltsamen Regimewechsels. Die Verwirklichung demokratischer Strukturen im Nahen und Mittleren Osten wurde zum erklärten Prinzip amerikanischer *Grand Strategy* unter George W. Bush, die aufgrund des erhöhten Machtvortrags nach den Anschlägen vom 11. September eine effektive Umsetzung versprach (vgl. ebd.: 140f.).

Dabei ist festzuhalten, dass der amerikanische Exzeptionalismus in seinem außenpolitisch relevanten Modus der Mission in eine exemplarische und eine missionarischen Selbstzuschreibung unterschieden werden

kann. Diese beiden Ausformungen des amerikanischen Exzeptionalismus als Missionsgedanken werden in der neueren politikwissenschaftlichen Forschung mit den beiden am häufigsten gebrauchten ideologischen Grundorientierungen amerikanischer Außenpolitik in Verbindung gebracht, einer isolationistischen und einer internationalistischen, bzw. interventionistischen Grundorientierung (vgl. Deudney/Meiser 2012; Koschut 2012). Die exemplarische Selbstzuschreibung des amerikanischen Missionsgedankens wird dabei verstanden als die passive Umsetzung der eigenen als einzigartig empfundenen Werte in Form einer durch ihre Ausstrahlung wirkenden Vorbildnation. Die missionarische Selbstzuschreibung weist hingegen die Umsetzung der Mission durch die aktive Weiterverbreitung der einzigartigen Werte in Form einer bekehrenden „Kreuzfahrnation“ aus (vgl. Koschut 2012: 33; Krakau 2009: 50).

Die außenpolitische Geschichte der USA wird anhand dieses bivariaten Erklärungsmodells meist grob in aufeinander folgende isolationistische und internationalistische Perioden unterteilt. Wie die Dichotomie von Realismus/Idealismus, so wird jedoch auch die Unterscheidung in Isolationismus und Internationalismus inzwischen als unterspezifiziert angezweifelt. Wie McDougall (1997: 40) schreibt, sei die vielgepriesene außenpolitische Tradition des Isolationismus gar keine Tradition, sondern vielmehr „a dirty word that interventionists, especially since Pearl Harbor, hurl at anyone who questions their policies.“ Wie Mead (2002: 81) in seiner Bestandsaufnahme außenpolitischer Traditionen der USA auch schreibt, ist die zum Mythos stilisierte Monroe-Doktrin als unzweifelhafteste Ausformung des amerikanischen Isolationismus im Grunde „not only not isolationist, it was anti-isolationist“. Indem sie das Machtgleichgewicht der europäischen Mächte als Sicherheitsinteresse der USA definierte, legitimierte sie indirekt die amerikanischen Interventionen der beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert, die das europäische Machtgleichgewicht offen in Frage stellten. Auch in den außenpolitischen Einstellungsmustern der amerikanischen Öffentlichkeit konnte die eindimensionale Unterscheidung zwischen Isolation und Intervention nicht nachgewiesen werden. Nach den Untersuchungen von Wittkopf (vgl. 1990), sind es vielmehr die beiden Dimensionen eines *kooperativen* oder *militanten*

Internationalismus, die die außenpolitischen Einstellungsmuster der amerikanischen Öffentlichkeit bestimmen.⁴

Auch wenn die Dichotomie von Isolation und Intervention der USA und ihrer ideologischen Pendanten inzwischen offen in Frage gestellt wird, scheint es innerhalb der politikwissenschaftlichen Debatte keinen Konsens darüber zu geben, wie das außenpolitische Verhalten der USA einzuordnen ist. Während Kagan (2006) die USA schon seit ihrem Bestehen als interventionistisch begreift und den Grund in einer von Beginn an kulturell nicht gewaltabgeneigten Kultur ausmacht, sieht Schweigler (1994) das außenpolitische Verhalten der USA durch die beiden Dimensionen Nationalismus und außenpolitische Grundorientierung geprägt. Schweigler unterteilt den Nationalismus der USA in eine nach innen („America First“) und eine nach außen („America No. 1“) gerichtete Variante, wobei die außenpolitischen Grundorientierungen in die klassischen Analysekatoren Realismus und Idealismus unterteilt werden. Die von Schweigler getroffene Klassifikation amerikanischer außenpolitischer Grundmuster weist folglich eine Vier-Felder-Typologie auf (vgl. Schweigler 1994: 32), deren Klassifikation jedoch den Nachteil besitzt, dass ihre Fixierung auf die klassischen außenpolitischen Kategorien von Idealismus und Realismus die Umsetzung ideeller Ziele durch eine als realistisch verstandene Außenpolitik wie des Neokonservatismus unter George W. Bush nicht zu erklären vermag (vgl. Keller 2008).

Restad (vgl. 2015: 10) zufolge, die die eindimensionale Aufteilung in eine internationalistische oder isolationistische Grundorientierung und deren Rückkopplung an eine missionarische oder exemplarische Identität ebenfalls ablehnt, kann die Außenpolitik der USA besser unter dem Begriff „unilateraler Internationalismus“ zusammengefasst werden. Diese Ausrichtung wurde und wird maßgeblich von einer exzeptionellen Identität der USA beeinflusst, dem Glauben an die eigene Außergewöhnlichkeit und Mission: „Americans *believe* they are a superior people, they *believe* they are endowed with a unique mission, and they *believe* they will never succumb to the merciless laws of history. [sic]“ (ebd.: 14).

⁴ Die vier Grundorientierungen sind: *Internationalists* (Unterstützung beider Dimensionen), *Isolationists* (Ablehnung beider Dimensionen), *Hardliner* (Unterstützung der militanten Dimension) und *Accommodationists* (Unterstützung der kooperativen Dimension) (vgl. Wittkopf 1990: 26).

Die These, die außenpolitische Grundorientierung der USA unter das monadische Banner des unilateralen Internationalismus zu stellen, ist jedoch nicht neu. Bei Dembinski (2002: 16) heißt es, Vertreter des „internationalist unilateralism“ sehen die amerikanische Außenpolitik „auf der glücklichen Synthese von moralischer Anleitung und realpolitischer Notwendigkeit [gegründet]“, die „sich vor allem auf überlegene militärische Mittel [stütze].“ Neu ist bei Restad (2015) hingegen das Argument, die außenpolitische Grundorientierung des unilateralen Internationalismus im amerikanischen Exzeptionalismus als Identität der USA zu verorten. Damit verkennt Restad jedoch, dass der amerikanische Exzeptionalismus zwar als Missionsgedanke wahrgenommen wird, dieser jedoch in den oben genannten Ausformungen exemplarisch und missionarisch zwei grundlegend verschiedene inhaltliche Ausprägungen erfährt. Die Varianz der außenpolitischen Ausrichtung der USA lässt sich demnach nicht allein unter die Rubrik des unilateralen Internationalismus subsumieren, da die außenpolitisch zurückhaltende exemplarische Dimension des amerikanischen Missionsgedankens mit der außenpolitisch offensiven missionarischen Dimension nur wenig vereinbar ist.

Statt den amerikanischen Exzeptionalismus als monadischen Missionsgedanken wahrzunehmen, geht diese Studie deshalb von einer missionarischen und einer exemplarischen Dimension des amerikanischen Exzeptionalismus aus, die zum kollektiven Selbstverständnis der USA beigetragen haben. Im Fall der USA, die aufgrund ihres spezifischen kulturellen und historischen Erbes den Glauben an die eigene Außergewöhnlichkeit und den daraus abgeleiteten Missionsgedanken besonders bedarf und bedurfte, spielen exzeptionelle Elemente im politischen Diskurs eine tragende Rolle (vgl. Krakau 2009: 49ff.). Der Glaube an die eigene Außergewöhnlichkeit gab der jungen und ethnisch heterogenen Nation eine gemeinsame Identität und der Missionsgedanke verlieh ihr eine gemeinsame Aufgabe. Indem die in den Dimensionen enthaltenen exzeptionellen Elemente im außenpolitischen Diskurs in Form von Narrativen, rhetorischen Stilmitteln, Metaphern und Analogien zur Legitimation außenpolitischen Handelns herangezogen wurden, wurden sie Teil des kollektiven Identitätsbildungsprozesses der amerikanischen Nation.

Bereits vor der Gründung der USA beriefen sich die Pilgerväter und ersten Siedler auf diese Elemente. Indem sie die Emigration in die Ferne in den größeren Kontext einer biblischen Mission stellten, stärkten sie

das Gemeinschaftsgefühl der Siedler. Im Laufe der Zeit tradiert und gemäß den strukturellen Gegebenheiten um- oder neuinterpretiert, wurden Elemente des amerikanischen Exzeptionalismus Teil der kollektiven Identität der USA, indem sie zur Legitimation bestimmter außenpolitischer Präferenzen herangezogen wurden. Laut Boekle et al. (2001) werden nationale Identitäten im außenpolitischen Diskurs konstruiert und lassen sich anhand aktiver oder inaktiver Identitätselemente ausmachen. Diese werden in Abgrenzung zu Argumentationsmustern als ein Bezug zum eigenen Land definiert, der nicht weiter begründet wird und wiederum als Ausgangspunkt weiterer Argumentationsmuster dient (vgl. ebd.: 2, Fn. 6).

Dieses im Rahmen des *Project on comparative analysis of foreign policies in Europe* (PAFE) entstandene Konzept folgt dabei einem interpretativen Forschungsansatz, bei dem Identitätselemente in Form von Diskursen um- oder neuinterpretiert und zur Legitimation von außenpolitischem Verhalten herangezogen werden (vgl. ebd.: 10). Diskurse zeichnen sich in diesem Falle durch den Versuch aus, „Identitätselemente und Handlungspräferenzen argumentativ im Wege einer (gedachten) Kausalkette entsprechend der gesellschaftlich akzeptierten Angemessenheitslogik – die auf der nationalen Identität beruht – miteinander zu verbinden.“ (ebd.: 12) Ziel und Zweck dieser Verbindung ist es, größtmögliche Unterstützung für die präferierte Handlung zu generieren.

Der amerikanische Exzeptionalismus als Missionsgedanke findet sich daher als aktive oder inaktive Identitätselemente im außenpolitischen Diskurs wieder, indem er zur Legitimation außenpolitischer Präferenzen durch politische Entscheidungsträger herangezogen wird. Der amerikanische Missionsgedanke ist deshalb zum einen Bestandteil außenpolitischer Rhetorik, indem er in Form exzeptioneller Narrative außenpolitisches Handeln legitimiert, zum anderen aber auch Teil der kollektiven Identität der Vereinigten Staaten *an sich*, da die einzelnen exzeptionellen Elemente als Identitätselemente Einzug in die kollektive Identität der USA gefunden haben.

Übertragen auf die Außenpolitik der USA bedeutet dies, dass der amerikanische Exzeptionalismus vermittels Identitätselemente Teil der kollektiven Identität der USA wurde und somit auf die Auswahl der spezifischen außenpolitischen Mittel aber auch der grundlegenden außenpolitischen Präferenzen vorprägend wirkte. Die außenpolitischen Präferenzen politischer Entscheidungsträger, die Außenpolitik direkt gestalten,

als auch die der nationalen Öffentlichkeit, deren außenpolitische Interessen gemäß den Annahmen liberaler Außenpolitiktheorie in außenpolitisches Handeln übersetzt werden, sind somit durch den amerikanischen Exzeptionalismus als Teil der *vorgeschalteten* nationalen Identität geprägt.

Der amerikanische Exzeptionalismus ist deshalb mehr als nur ein „leerer Signifikant“ im außenpolitischen Diskurs der USA, der laut Hughes (2015) vor allem der innerstaatlichen Legitimation unilateraler Praktiken diene. Der Charakter des amerikanischen Exzeptionalismus besteht nicht nur aus der beliebigen Interpretationszuweisung durch die Politik, sondern auch aus der Beförderung außenpolitischer Präferenzen im Kontext der kollektiven Identität der USA. Basierend auf der bereits getroffenen Unterscheidung des amerikanischen Missionsgedankens in eine exemplarische und missionarische Dimension und der Unterscheidung in aktive oder inaktive Elemente des amerikanischen Missionsgedankens lassen sich damit *vier Idealtypen* des amerikanischen Exzeptionalismus gewinnen (vgl. Tabelle 1). Die den einzelnen Typen zukommenden exzeptionellen Elemente lassen sich vor allem in den von Mead (2002) identifizierten großen außenpolitischen Traditionen nachweisen, bzw. prägten diese als Teil der kollektiven Identität der USA maßgeblich mit. Wie zu sehen sein wird, ist die Entstehung dieser außenpolitischen Traditionen eng mit der Entwicklung des Missionsgedankens der USA und seiner Einbettung in die nationale Identität verbunden. Der amerikanische Exzeptionalismus als Missionsgedanke ist deshalb sowohl Legitimationsfigur außenpolitischer Entscheidungen, vor allem von Interventionspolitiken, als auch Movens für die zugrundeliegenden außenpolitischen Präferenzen.

Tabelle 1: Idealtypen des amerikanischen Exceptionalismus (Quelle: Eigene Darstellung)

		Exemplarische Dimension	
		<i>inaktiv</i>	<i>aktiv</i>
Missionarische Dimension	<i>inaktiv</i>	Reluctant Exceptionalism	Seclusive Exceptionalism
	<i>aktiv</i>	Crusading Exceptionalism	Cooperative Exceptionalism

Die vier Typen des amerikanischen Exceptionalismus gliedern sich dabei wie folgt: *Erstens*, in eine abgeneigte oder auch widerwillige exzeptionelle Selbstzuweisung, bei der sowohl die missionarische als auch die exemplarische Dimension des Missionsgedankens eine untergeordnete oder inaktive Rolle spielen. Die Idee einer Mission, die für das Nationalverständnis ansonsten im Vordergrund steht, tritt hier in den Hintergrund und wird durch andere Konzeptionen der Nation überlagert. Der *Reluctant Exceptionalism* besitzt eine hohe ideelle und kulturelle Affinität zu Vertretern der sogenannten *Hamiltonians*, die eine Außenpolitik der USA befürworten, die weniger von einem Missionsgedanken geprägt wird als von der realistischen Einschätzung des nationalen Interesses. *Zweitens*, eine zurückgezogene exzeptionelle Selbstzuweisung, bei der vor allem die exemplarische Dimension Unterstützung erfährt. Der amerikanische Exceptionalismus als *Seclusive Exceptionalism* wird gemeinhin mit einer isolationistischen Ausrichtung der USA assoziiert und findet daher vor allem bei den sogenannten *Jeffersonians* großen Anklang, da diese den Erhalt demokratischer Errungenschaften in den Vordergrund stellen. *Drittens* eine kämpfende exzeptionelle Selbstzuweisung, die sich zu großen Teilen aus der diskursiven Unterstützung der missionarischen Dimension des amerikanischen Missionsgedankens zusammensetzt. Die politische Rhetorik von George W. Bush kann als prototypische Ausgestaltung dieses exzeptionellen Typus angesehen werden, bei der es die Gruppe der so-

genannten *Jacksonians* war, die mit exzeptionellen Elementen des *Crusading Exceptionalism* ihre Politik des Demokratieexports zu legitimieren suchte. Die kooperative exzeptionelle Selbstzuweisung als *vierte* und letzte Ausprägung des amerikanischen Exzeptionalismus ist dementsprechend durch das Vorhandensein exemplarischer als auch missionarischer Elemente des amerikanischen Missionsgedankens geprägt. Die außenpolitische Grundorientierung, die mit dem *Cooperative Exceptionalism* korrespondiert, ist die an einer globalen Friedensordnung interessierten Nation, wie sie von Vertretern der sogenannten *Wilsonians* befürwortet wird.

Die Arbeit folgt einem zweistufigen Aufbau. Im ersten Teil soll geklärt werden, mit welchen Elementen des amerikanischen Exzeptionalismus interventionistische Präferenzen legitimiert und befördert werden und wie sich diese im Hinblick auf die wechselseitige Beziehung mit exzeptionellen Identitätsformationen entwickelt haben. Die folgende Analyse wird hierzu den analytischen Fokus auf den Präsidenten der USA legen, da dieser häufiger eine interventionistische Außenpolitik der USA befürwortet als der Kongress, und dieser es in Krisenzeiten dem Präsidenten weitestgehend überlässt, die für die Sicherheit der Nation erforderlichen Maßnahmen zu treffen (vgl. Chittick 2006: 323). Trotz dieser weitreichenden Befugnisse ist der Präsident nicht von der öffentlichen Meinung als Teil des gesellschaftlichen und vom Kongress als Teil des politischen Anforderungsprozesses unabhängig. Im zweiten Teil dieser Arbeit soll daher geklärt werden, wie Elemente des amerikanischen Exzeptionalismus durch den Präsidenten zur Legitimation seiner außenpolitischen Deutungsangebote gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit und dem Kongress Verwendung finden. Als grundlegende Werkzeuge fungieren dabei Narrative des amerikanischen Exzeptionalismus, die es dem Präsidenten erlauben, die Salienz seiner Deutungs- und Interpretationsangebote gegenüber dem Kongress und der Öffentlichkeit zu erhöhen. Konkret bedeutet dies, dass der amerikanische Präsident Narrative des amerikanischen Exzeptionalismus bemüht, um das von ihm präferierte außenpolitische Deutungs- und Interpretationsangebot gegenüber dem Kongress und der Öffentlichkeit zu legitimieren und so seine Deutungshoheit zu befördern.

Die im ersten Teil dieser Studie vorgestellten Untersuchungen zur Wirkungsweise des amerikanischen Exzeptionalismus sollen daher im zweiten Teil in ein Forschungsdesign übersetzt werden, das die Überprüfung der hier getroffenen Annahmen erlaubt und die Wirkungsweise des

amerikanischen Exzeptionalismus im außenpolitischen Präferenzbildungsprozess der USA nachzeichnet. Ausgangspunkt des Forschungsdesigns sind die Überlegungen Andrew Moravcsiks (1997) zum *Ideational Liberalism* als einer von drei Varianten einer liberalen Außenpolitiktheorie. Diese stellt ideelle Werte und Vorstellungen in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses und bietet somit eine Möglichkeit zur Komplettierung der liberalen Außenpolitiktheorie (vgl. Moravcsik 1997: 525-528).

2.1. *A Reluctant Exceptionalism?*

Die Überlagerung des nationalen Missionsgedanken und das Primat wirtschaftlicher Prosperität der *Hamiltonians*

Die von Mead (2002) „The Hamiltonian Way“ genannte außenpolitische Tradition der USA, die die Ziele amerikanischer Außenpolitik entlang den Linien wirtschaftlicher und politischer Prosperität definiert, findet ihre analytischen Wurzeln im realpolitischen Denken Großbritanniens des 18. Jahrhunderts. Dieser Weltanschauung entsprechend war das kontinentaleuropäische Machtgleichgewicht als Sicherung der eigenen wirtschaftlichen und politischen Prosperität oberstes Gebot des nationalen Interesses (vgl. Mead 2002: 101f.). Als größte Bedrohung der nationalen Sicherheit sah Großbritannien eine dominante europäische Kontinentalmacht an, die das globale Handelssystem und die eigene dominierende Seemachtstellung gefährden konnte. Auch wenn im Gegensatz zum militaristischen Denken der kontinentaleuropäischen Realpolitik die Vertreter der *Hamiltonians* Handelsbeziehungen als Möglichkeit ansahen, das sicherheitspolitische Nullsummenspiel der Staaten zu durchbrechen, blieb die Bedeutung weltweiten Handels für die Definition nationaler Sicherheitsinteressen bestehen.

Mead (2002: 127ff.) zufolge ersetzen die USA das zerfallende britische Weltreich Mitte des 20. Jahrhunderts nicht durch ein amerikanisches, da dies den Interessen der USA als Führungsmacht eines globalen freien Wirtschaftssystems unabhängiger Staaten widersprochen hätte. Auch der von Alexander Hamilton im ersten *Federalist Paper* oft zitierte exemplarische Missionsgedanke, nach dem es der Bevölkerung der USA obliegt, „durch sein Verhalten und Beispiel [conduct and example,

L.D.H.] über die wichtige Frage zu entscheiden, ob menschliche Gemeinschaften tatsächlich fähig sind, durch Nachdenken und freie Entscheidung ein gutes Regierungssystem einzurichten“ tritt im weiteren Verlauf des ersten *Federalist* hinter die „wahren Interessen“ zurück, „unbeeinträchtigt von Überlegungen, die nichts mit dem Gemeinwohl zu tun haben.“ (Hamilton in *Federalist Paper No. 1*, 1994: 1)

Für Hamilton stand die Sicherheit, Freiheit und Prosperität der USA an oberster Stelle. Diese wirtschaftspolitischen Elemente dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass *Hamiltonians* nicht zugleich auch ein gut ausgerüstetes und fähiges Militär als notwendige Bedingung dieser Prosperität ansehen. Der Erhalt eines globalen Handelssystems und der Zugang zu strategisch wichtigen Ressourcen werden notfalls auch mit (unilateraler) militärischer Gewalt umgesetzt (vgl. Mead 2002: 105-112). Vertreter der *Hamiltonians* nutzen daher Elemente des amerikanischen Exzeptionalismus als *Reluctant Exceptionalism*, um das nationale Interesse der USA mit ihrer wirtschaftlichen und politischen Prosperität gleichzusetzen und ihre außenpolitischen Präferenzen zu legitimieren. Im Sinne der Identität als *Reluctant Exceptionalism* sind militärische Interventionen dann als legitim anzusehen, wenn sie der Umsetzung und Fortentwicklung des wirtschaftlichen und politischen Wohlergehens der USA dienen. Die (militärische) Stärke Amerikas ist dabei als notwendige Bedingung dieser Interventionsbereitschaft anzusehen, die wiederum von der wirtschaftlichen und politischen Prosperität der USA abhängt. Die frühe Abhängigkeit der USA vom globalen Handel und dem Mächtegleichgewicht in Europa führten dazu, dass die außenpolitischen Präferenzen mit einem nationalen Interesse legitimiert wurden, dieses Gleichgewicht zu erhalten. Aus konstruktivistischer Sicht führte die Überlagerung von exemplarischen und missionarischen Elementen des amerikanischen Exzeptionalismus zugunsten des Fokus nationaler Sicherheitsinteressen auf ein weltweites, den Handel förderndes, Machtgleichgewicht wiederum zur kollektiven Identität des *Reluctant Exceptionalism*, der das Selbstbild der USA im Sinne der *Hamiltonians* und deren Wahrnehmung von Realität prägte.

Als moderner Vertreter dieser außenpolitischen Tradition präsentierte sich exemplarisch der 41. Präsident der USA, George H. W. Bush, der im Februar 1989 kurz nach seiner Amtseinführungsrede vor einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses die Ziele seiner neuen Administ-

ration formulierte: „Economic growth provides jobs and hope. Economic growth enables us to pay for social programs. Economic growth enhances the security of the Nation“ (ebd.). Der Missionsgedanke der USA tritt in der Rede Bushs hinter das Ziel der wirtschaftlichen und politischen Prosperität der USA zurück. Die als universal und einzigartig verstandenen Werte und deren passive oder aktive Förderung werden als Auftrag amerikanischer Außenpolitik verstanden, die Sicherung der privilegierten geographischen Positionierung und Stellung im Kontext globaler Handelsbeziehungen zu befördern. Für Bush standen nicht so sehr die sicherheitspolitischen Interessen der NATO Partner im Vordergrund seiner Außenpolitik, sondern die wirtschaftliche und politische Prosperität der USA. Die Ankündigung der ersten präsidentiellen Auslandsreise nach Japan, China und Südkorea unterstreicht diese Position: „And I, too, shall begin a trip shortly to the far reaches of the Pacific Basin, where the winds of democracy are creating new hope and the power of free markets is unleashing a new force.“⁵ (Bush 1989) Im Vordergrund steht die außergewöhnliche Führungsrolle der USA im Kontext wirtschaftlicher Globalisierung, globaler Unabhängigkeitsbestrebungen und der Aufrechterhaltung eines globalen, den Handel fördernden, friedlichen Staatensystems. So spricht Bush zu Beginn seiner Rede von einer „common mission of progress“, die er im Fortschrittsgedanken der Gründerväter der USA verankert sieht und die als Begründung der amerikanischen Führungsrolle in der Welt fungiert: „Never before has our leadership been so crucial, because while America has its eyes on the future, the world has its eyes on America.“ (ebd.) Bush betont jedoch auch, dass die Reduktion der Verteidigungsausgaben nicht zu Lasten militärischer Stärke der Führungsmacht der USA gehen dürfe: „There can no longer be any doubt that peace has been made more secure through strength. And when America is stronger, the world is safer. [...] I will not sacrifice American preparedness, and I will not compromise American strength.“ (Bush 1989)

Dass der Einsatz militärischer Gewalt für den *Reluctant Exceptionalism* nicht nur deklaratorischen Charakter besitzt, zeigt sich exemplarisch im

⁵ Der Umstand, dass George H. W. Bush während seiner Amtszeit Europa 11 Mal und Asien nur zwei Mal besuchte, schwächt die hier aufgestellte These nur minimal, da die erste Auslandsreise des Präsidenten von symbolischer Bedeutung für die Salienz eines Themas ist (vgl. Höse 2012: 175).

ersten Irakkrieg 1990/91, bei dem der Schutz der wirtschaftlichen Prosperität der USA und die Verteidigung und Aufrechterhaltung der globalen den Handel fördernden Friedensordnung eine zentrale Bedeutung für die Entscheidung der Bush-Administration zur Intervention hatte. Basierend auf der Nixon-Doktrin war Saudi Arabien nach dem Iran der zweite Pfeiler für den Zugang zu preiswertem Öl und gemäß der realpolitischen Grundorientierung der Bush-Administration gingen die USA während der Krise am Persischen Golf 1990 davon aus, dass der Irak auch eine Invasion Saudi Arabiens in Betracht ziehen würde (vgl. Yetiv 2011: 19; 36). So sprach George H. W. Bush in seiner *Address on Iraq's Invasion of Kuwait* am 8. August 1990 davon, dass „to assume Iraq will not attack again would be unwise and unrealistic.“ (Bush 1990a). Nicht der Missionsgedanke, die als universal verstandenen Werte der USA missionarisch oder exemplarisch zu verbreiten, stand im Vordergrund der Legitimation amerikanischer Außenpolitik, sondern das Element wirtschaftlicher Prosperität: „America does not seek conflict, nor do we seek to chart the destiny of other nations“ so Bush (ebd.). Als Grund für die Intervention nannte Bush hingegen den Umstand, dass die USA „now imports nearly half the oil it consumes and could face a major threat to its economic independence“ und dass die Unabhängigkeit und Souveränität Saudi Arabiens deshalb „of vital interest to the United States“ sei (ebd.). Eine perspektivische Invasion Iraks in Saudi Arabien und der damit verbundene Verlust des Zugangs zu den saudischen Ölvorkommen wurden als Bedrohung nationaler Interessen interpretiert und gemäß den außenpolitischen Präferenzen der *Hamiltonians* mit dem exzeptionellen Element wirtschaftlicher Prosperität des *Reluctant Exceptionalism* legitimiert.

In seiner Untersuchung parlamentarischer Debatten des amerikanischen Kongresses kommt Böller (vgl. 2014: 180) zu dem Ergebnis, dass zwischen dem Präsidenten und dem Kongress während des ersten Irakkrieges ein strategischer Konsens über die Bedrohung nationaler Interessen vorlag. Die vom Präsidenten geförderten exzeptionellen Elemente des *Reluctant Exceptionalism* und der damit einhergehende Deutungsrahmen der Ereignisse am Persischen Golf zeigten sich gegenüber der Gesellschaft und dem Kongress als mehrheits- und konsensfähig. Auch gegenüber der öffentlichen Meinung zeigte sich das vom Präsidenten beförderte Deutungsangebot als mehrheitsfähig. So bestätigten öffentliche

Meinungsumfragen dem Präsidenten eine hohe Interventionsbereitschaft der amerikanischen Bevölkerung, die nahezu konstant bei über zwei Drittel der Befragten lag (vgl. Abbildung 1).

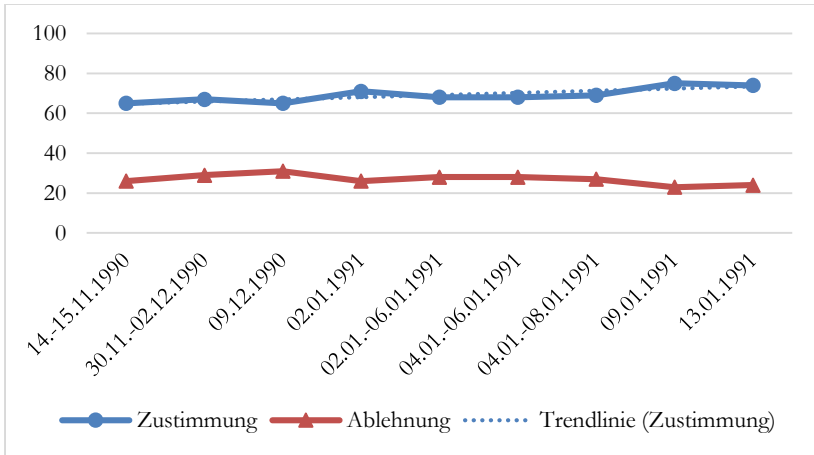


Abbildung 1: Einstellungsmuster der US-amerikanischen Öffentlichkeit zur Intervention im Irak: »Do you agree or disagree that the United States should take all action necessary, including the use of military force, to make sure that Iraq withdraws its forces from Kuwait?« (in Prozent) (Eigene Darstellung nach Daten von Mueller (1993))

Auch die in Teilen missionarisch induzierte Präferenz, eine neue, den Handel fördernde, Weltordnung zu etablieren, kann als Ausweis des *Reluctant Exceptionalism* gehalten werden. Bush sprach in seiner Rede an den Kongress am 11. September 1990 von der Chance, mit der Lösung der Golf-Krise eine Weltordnung zu schaffen, „in which the nations of the world, East and West, North and South, can prosper and live in harmony“ und in der „the strong respect the rights of the weak.“ (Bush 1990b) Hinter dem missionarischen Anspruch des Fortschrittselements eine neue Weltordnung als Herrschaft des Rechts zu schaffen, steckt die Annahme der *Hamiltonians*, der Schutz des weltweiten Friedens und die Einhaltung des Völkerrechts diene vordergründig der wirtschaftlichen und politischen Prosperität der USA: „An Iraq permitted to swallow Kuwait would have the economic and military power, as well as the arrogance, to intimidate and coerce its neighbors—neighbors who control the lion's share of the world's remaining oil reserves. We cannot permit

a resource so vital to be dominated by one so ruthless. And we won't.“ (ebd.) Auch hier gilt, nationales Interesse ist kein Selbstzweck des Staates, sondern immer Mittel zum Zweck. Die Interpretation des nationalen Interesses der USA als wirtschaftliche und politische Prosperität im Sinne des *Reluctant Exceptionalism* hat zum Ziel, die außenpolitischen Präferenzen der *Hamiltonians* zu befördern. Wenn Präsident George H. W. Bush in seiner Rede an den Kongress das Machtgleichgewicht im Mittleren Osten mit den dortigen Ölvorkommen und dem exzeptionellen Element der USA als weltweiter Führungsmacht verknüpfte, dann beförderte er zugleich die außenpolitische Präferenz an stabilen Machtverhältnissen und der eigenen nationalen Prosperität: „Our ability to function effectively as a great power abroad depends on how we conduct ourselves at home. Our economy, our Armed Forces, our energy dependence, and our cohesion all determine whether we can help our friends and stand up to our foes.“ (ebd.) Die Entscheidung gegen den Irak vorzugehen, verknüpfte George H. W. Bush somit konsequent mit exzeptionellen Elementen des *Reluctant Exceptionalism*, um so die interventionistischen Präferenzen der *Hamiltonians* gegenüber dem Kongress und der Öffentlichkeit zu befördern. Der Missionsgedanke tritt, sowohl in seiner exemplarischen als auch in seiner missionarischen Variante, hinter ein realistisches Verständnis von Außenpolitik und dem nationalen Interesse der USA zurück. Nicht die Verbreitung der als einzigartig verstandenen Werte steht im Vordergrund des *Reluctant Exceptionalism*, sondern das rationale Kalkül wirtschaftlicher und politischer Prosperität als notwendige Bedingung der eigenen Führungsrolle.

Dass die exzeptionelle Identität der USA als *Reluctant Exceptionalism* in enger Verwandtschaft mit der als *Seclusive Exceptionalism* steht, macht nicht nur das weiter oben von Alexander Hamilton persönlich verwendete exemplarische Element deutlich. Auch George H. W. Bush verwies in seiner *State of the Union Address* 1991 auf den exemplarischen Missionsgedanken der USA: „For two centuries, America has served the world as an inspiring example of freedom and democracy. [...] And today, in a rapidly changing world, American leadership is indispensable. [...] The conviction and courage we see in the Persian Gulf today is simply the American character in action.“ (Bush 1991) Deutlich wird, dass Bush sich von der im exemplarischen Element angelegten außenpolitischen Zurückhaltung distanziert. Die Mehrheitsfähigkeit der Interven-

tionspolitik des amerikanischen Präsidenten zu Beginn der 90er Jahre erforderte nicht das Bild einer exemplarischen Führungsnation durch „conduct and example“ und auch nicht die kriegerische Ausrichtung eines *Crusading Exceptionalism*, sondern das Narrativ eines für die Welt unverzichtbaren *Reluctant Exceptionalism*, durch dessen Stärke die USA ihre Mission als Beispiel zu fungieren erst verwirklichen könne: „We’re the only nation on this Earth that could assemble the forces of peace. This is the burden of leadership and the strength that has made America the beacon of freedom in a searching world“, so George H. W. Bush in seiner *State of the Union Address* 1991.

Tabelle 2: Exzeptionelle Elemente des „Reluctant Exceptionalism“ und ihre beförderten Präferenzen (Quelle: Eigene Darstellung)

Typus des amerikanischen Exzeptionalismus	Exzeptionelle Elemente	Beförderte (Interventions-) Präferenz
<i>Reluctant Exceptionalism</i>	Ordnungselement	Intervention zur Umsetzung einer globalen, den Handel ermöglichenden Ordnung
	Gleichgewichtselement	Militärische Stärke als Notwendigkeit der Führung und des internationalen Gleichgewichts
	Prosperitätselement	Proaktive Förderung und Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Prosperität der USA
	Unverzichtbarkeitsselement	Führungsanspruch der USA für globalen Fortschritt und Sicherheit unverzichtbar

2.2. *A Seclusive Exceptionalism?*

John Winthrops exemplarische Nation und die kostensensitive Außenpolitik der *Jeffersonians*

Die Idee, die Außenpolitik der USA mit dem Banner des Isolationismus zu versehen und zu verstehen, ist maßgeblich mit dem Verständnis des amerikanischen Exzeptionalismus als exemplarische Nation verbunden, d.h. „die US-amerikanische Gesellschaft vor schädlichen Einflüssen der Außenwelt abzuschotten, um Demokratie und Freiheit im Innern zu festigen.“ (Koschut 2012: 33). Als Ursprung dieses Missionsgedankens wird zumeist die vom puritanischen Kolonisten und zweiten Gouverneur der Massachusetts Bay Colony, John Winthrop, gehaltene Predigt „A Model of Christian Charity“ aus dem Jahr 1630 zitiert.⁶ Während der Überfahrt von England in das nordamerikanische Neuengland ermahnte Winthrop seine puritanischen Mitreisenden mit den viel zitierten Worten:

For we must consider that we shall be as a city upon a hill. The eyes of all people are upon us. So that if we shall deal falsely with our God in this work we have undertaken, and so cause Him to withdraw His present help from us, we shall be made a story and a by-word through the world. (Winthrop 1630)

Winthrop betonte damit sowohl den Vorbildcharakter der puritanischen Kolonisten für den Rest der Welt als ein „Neues Jerusalem“, als auch die Pflicht, getreu dem göttlichen Heilsplan zu handeln und diesem zu entsprechen (vgl. Krakau 2009: 52). Als theologischer Hintergrund diente Winthrop die Idee des Millenarismus, also der Glaube an die Wiederkunft Jesu Christi (Millennium) und dem finalen Kampf zwischen Gut und Böse und der Angst, am Ende auf der falschen Seite der göttlichen Geschichte zu stehen (vgl. Stephanson 1995: 9). Hinzu kam die Übernahme der hebräischen Glaubenstradition Gottes auserwähltes Volk zu sein, das, wenn es nur die Gesetze Gottes einhält, zu einem auserwählten

⁶ Heike Paul (vgl. 2014:138f.) macht auf den Umstand aufmerksam, dass in der Geschichtswissenschaft der USA die 1630 in Amerika gelandeten Puritaner und die bereits zehn Jahre zuvor gelandeten Pilgerväter oftmals synonym benutzt werden, es sich dabei jedoch um zwei getrennte Einwanderungsbewegungen handelte. Die Puritaner gründeten das Zentrum der damaligen *Massachusetts Bay Colony*, Boston, in das 1691 die ungleich kleinere *Plymouth Colony* der Pilgerväter aufging.

Land (*Promised Land*) geführt wird und durch das die Gerechtigkeit wieder Einzug hält auf Gottes Erden (vgl. ebd.: 7). Die Idee des Auserwähltheits der Siedler als Gottes „own people“ (wie Winthrop in seiner Predigt formulierte) und der Glaube an das jüngste Gericht wurden verstanden „als Prozess stetiger Vervollkommnung des ‚gelobten Landes‘ Amerika“ (Krakau 2009: 52). Bereits bei Winthrop und der puritanischen Theologie sind erste Ausformungen eines außenpolitisch relevanten exemplarischen Missionsgedankens zu erkennen, nämlich als abgeleitete Verantwortung für die Welt in dem Sinne, als dass die heilsgeschichtliche Umsetzung in Amerika stellvertretend für die Geschehnisse der Menschheit stehe (vgl. ebd.). Der Missionsgedanke ist hier vor allem als Mission nach innen zu verstehen, „to seek out a place of cohabitation and consortship under a due form of government both civil and ecclesiastical“, wie Winthrop (1630) es nannte. Das exzeptionelle Element des Herausgehobenseins aus der Weltgeschichte, verbunden mit dem Glaube an die einzigartige Verantwortung im Sinne dieser zu handeln und versehen mit dem Zweck, durch die Einhaltung der göttlichen Gebote vor den „common corruptions of this evil world“ (ebd.) geschützt zu sein, wurde so zur exemplarischen Identität der puritanischen Siedler als *Seclusive Exceptionalism*.

Der Glaube an das eigene Auserwähltsein, das wie später zu sehen sein wird, auch bis weit in das 18. und 19. Jahrhundert hineinreicht und auch heute noch als exzeptionelles Element in präsidentiellen Reden Verwendung findet, sollte durch die Erfahrungen der Siedler im Laufe der Zeit in dem Maße erodieren, wie die frühen Siedler mit Problemen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kolonien konfrontiert wurden (vgl. Paul 2014: 156-160). Dazu zählten unter anderem Konflikte mit den Ureinwohnern, als auch interne Dispute über die Herrschaftsausübung und die Ausgestaltung kolonialer Institutionen (vgl. ebd.: 153). Trotz dieser Erosionskräfte überlebte das vormalige theologische Identitätselement einer auserwählten Beispielnation, indem die Gründerväter der USA die säkularen europäischen Werte der Aufklärung mit der vormaligen puritanischen Idee des Auserwähltheits in der Legitimation ihrer außenpolitischen Entscheidungen verknüpften.

Wegbereiter der Übernahme theologischer Elemente in das säkulare Gedankengut der Gründerväter waren amerikanische Kongregationalisten und Prediger wie Jonathan Edwards (1703-1758), Ezra Stiles (1727-

1797) oder Elhanan Winchester (1751-1797). Diese erweiterten den religiös induzierten exemplarischen Missionsgedanken um säkulare Elemente wie der Versorgung der Welt mit materiellen Gütern, oder mit der Idee, dass in Amerika nicht nur die religiöse, sondern auch die bürgerliche und politische Freiheit stellvertretend für die Welt umgesetzt werden solle (vgl. Dreisbach 2013: 60; Stephanson 1995: 12f.). Ezra Stiles, Theologe und siebter Präsident des Yale College, schrieb beispielsweise in seiner Predigt „The United States elevated to Glory and Honor“ im Jahr 1783: „Great and extensive will be the happy effects of this warfare, in which we have been called in providence to fight out, not the liberties of america only, but the liberties of the world itself. [sic]“ (Stiles 1783: 48) Der offenkundigste Eingang des Gedankens der göttlichen Vorsehung findet sich in der sich ansonsten auf die säkularen Ideen John Lockes berufenden Unabhängigkeitserklärung der USA, die in ihrer Schlusserklärung auf den göttlichen Schutz durch die „Divine Providence“ (der göttlichen Vorsehung), und auf die göttliche Rechtschaffenheit der Absichten der amerikanischen Bevölkerung und der Gründerväter der USA verweist (vgl. Declaration of Independence 1776). Paul (2014: 159) kommt deshalb zu dem Schluss, dass es die Rhetorik der Gründerväter von der eigenen Vorsehung war, „that turned those early settlers into forefathers of mythical proportions, even though subsequent conceptualizations of the Promised Land may have diverged greatly.“

In seiner Untersuchung des politischen Diskurses der Gründungsphase der USA weist Dreisbach (2013: 58-68) nach, dass sowohl die göttliche Vorsehung (*divine Providence*), als auch die Idee des Auserwähltseins und der Glaube ein neues Israel zu sein, die Rhetorik und Gedanken der oftmals als säkular beschriebenen Gründerväter beeinflusste. Thomas Paine (zit. nach Dreisbach 2013: 58) schrieb 1778 beispielsweise:

There has been such a chain of extraordinary events in the discovery of this country at first, in the peopling and planting it afterwards, in the rearing and nursing it to its present State, and in the protection of it through the present war, that no man can doubt, but Providence hath some nobler end to accomplish than the gratification of the petty Elector of Hanover or the ignorant and insignificant King of Britain.

Göttliche Vorsehung spielte für Paine damit eine zentrale Rolle in der Entwicklung der vormaligen Kolonien, die letztlich in der formalen Unabhängigkeit der USA 1776 ihren Abschluss fand. Auch James Madison

vermerkte im *Federalist Paper No. 37*, indem es um die Schwierigkeiten des Verfassungskonvents eine neue Verfassung auszuarbeiten ging, dass „für einen religiös gesinnten Menschen es unmöglich [ist], darin nicht einen Fingerzeig des Allmächtigen zu erkennen, der so häufig und bedeutsam in kritischen Phasen der Revolution zu unseren Gunsten eingegriffen hat.“ (Madison in *Federalist Paper No. 37*, 1994: 214) Ebenso George Washington, (1789) der erste Präsident der USA von 1789-1797, der in seiner *Inaugural Address* 1789 auf die göttliche Vorsehung als „providential agency“ und „invisible hand“ verwies, die die USA zur Unabhängigkeit führten. Thomas Jefferson (1801; 1805), dritter Präsident der USA von 1801-1809, sprach wiederum in seiner ersten Amtseinführungsrede 1801 von Amerika als dem „chosen country“ und zog in seiner zweiten im Jahr 1805 einen Vergleich Amerikas mit dem biblischen Israel als den „forefathers“ der damaligen USA.⁷ Auffallend ist hingegen, dass die Identitätselemente einer auserwählten Nation nun im Kontext säkularer, liberaler Werte genutzt werden. So formuliert Washington (1789) in seiner *Inaugural Address* 1789: „And since the preservation of the sacred fire of liberty, and the destiny of the Republican model of Government, are justly considered as deeply, perhaps as finally staked, on the experiment entrusted to the hands of the American people.“ Der Missionsgedanke in der Geburtsstunde der USA verwirklicht sich hier in der Identität einer beispielhaften Nation. Krakau (2009: 54) kommt deshalb zum Schluss, dass „Aufklärung, Politik und Recht [...] im Amerika des 18. Jahrhunderts das Heilsgeschehen als Bezugsrahmen für den Exzeptionalismus und als Gegenstand für Verantwortung und Mission“ ersetzen und „[die] puritanische millennialistische Heilsgeschichte [...] säkularisiert“ wurde. Außenpolitisch sollte sich dieser Missionsgedanke vor allem in Form einer ausgeprägten Zurückhaltung manifestieren.

Außenpolitisches Resultat dieses *Seclusive Exceptionalism* ist die Grundorientierung der *Jeffersonians*, die auf den bereits zitierten dritten Präsidenten der USA, Thomas Jefferson, zurückgeht. Diesem und der mit ihm assoziierten außenpolitischen Grundorientierung geht es vor allem um die „preservation of American democracy in a dangerous world as the most

⁷ Interessant ist an dieser Stelle auch der Hinweis von Dreisbach (2013: 65), dass sowohl Thomas Jefferson als auch Benjamin Franklin 1776, als sie darum gebeten wurden Vorschläge für ein Siegel für die neu zu gründende USA zu entwerfen, beide Bilder aus dem Alten Testament vom Auszug der Israeliten aus dem alten Ägypten wählten.

pressing and vital interest of the American people“ (Mead 2002: 88). *Jeffersonians* sehen sich als Hüter der amerikanischen Revolution und ihrer Ideale, die gegen destruktive außen- und innenpolitische Kräfte geschützt werden müssen. Außenpolitisch sind es vor allem zwei Bedrohungsszenarien, die vor dem Hintergrund der militärischen Schwäche der USA als relevant genug erschienen, die einzigartigen liberalen Werte zu gefährden. *Erstens*, die Gefahr einer ausländischen Invasion der USA und *zweitens*, die Gefahr der Selbstschädigung dieser Werte aufgrund des eigenen Verhaltens (vgl. ebd.: 184f.). Daraus folgt, dass das Staatsinteresse so eng als möglich definiert und zurückhaltende außenpolitische Strategien gewählt werden, um nicht mit anderen Nationen in Konflikt zu geraten. Der spätere sechste Präsident der USA, John Quincy Adams, legitimierte diese außenpolitisch kostensensitiven Präferenzen am 4. Juli 1821 vor einer Rede des Repräsentantenhauses mit dem exzeptionellen Element einer exemplarischen Nation wie folgt:

Wherever the standard of freedom and Independence has been or shall be unfurled, there will her heart, her benedictions and her prayers be. But she goes not abroad, in search of monsters to destroy. She is the well-wisher to the freedom and independence of all. She is the champion and vindicator only of her own. She will commend the general cause by the countenance of her voice, and the benignant sympathy of her example. (Adams 1821)

Das zentrale Element des *Seclusive Exceptionalism* ist daher das einer Beispielnation, die den Missionsgedanken passiv durch Ausstrahlung zu verwirklichen sucht. Die außenpolitische Grundorientierung der *Jeffersonians* ist jedoch nicht mit völligem Isolationismus gleichzusetzen, da die Internationalität der USA nie bestritten wurde: „the task of foreign policy as they see it is to manage the unavoidable American involvement in the world with the least possible risk and cost.“ (Mead 2002: 186) Die außenpolitische Zurückhaltung der Gründerväter der USA kann neben der eigenen militärischen Schwäche somit auch auf eine kollektive Identität der USA zurückgeführt werden, die noch junge und schwache Nation nicht in die Machtpolitik der europäischen Staaten hineinzuziehen um die Essenz des amerikanischen Exzeptionalismus, die eigenen Freiheitsideale, zu schützen. „American Exceptionalism as our founders conceived it was defined by what America *was*, at home. Foreign policy existed to defend, not define, what America was [sic]“, wie McDougall

(1997: 37) schreibt. Die exzeptionellen Elemente eines *Seclusive Exceptionalism* scheinen aus dieser Sicht als am besten dazu geeignet, die außenpolitischen Präferenzen der *Jeffersonians* zu legitimieren, d.h. die primäre Umsetzung und Verwirklichung der einzigartigen Werte in den USA.

Barack Obama als 44. Präsident der USA wählte zu Beginn seiner Präsidentschaft einen außenpolitischen Kurs, der von vielen als „Retrenchment“, oder auch Verkleinerung, beschrieben wurde (vgl. Drezner 2011; Dueck 2015; Trubowitz 2011). Mit diesem Kurs außenpolitischer Kosten- und Risikominimierung zeigte sich Obama den Mehrheitspräferenzen der amerikanischen Bevölkerung gegenüber responsiv, die die Kriege im Irak und in Afghanistan mehrheitlich ablehnten und eine geringere internationale Ausrichtung der USA befürworteten (vgl. Chicago Council on Global Affairs 2012). In seiner am 31. August 2010 gehaltenen *Address to the Nation on the End of Combat Operations in Iraq* sprach Obama davon, dass „one of the lessons of our effort in Iraq is that American influence around the world is not a function of military force alone. We must use all elements of our power -- including our diplomacy, our economic strength, and the power of America's example -- to secure our interests and stand by our allies.“ (Obama 2010) Das exzeptionelle Element einer exemplarischen Nation legitimierte am besten die außenpolitischen Präferenzen Obamas als Vertreter der *Jeffersonians* und seine Präferenz, die unter George W. Bush entstandene imperiale Präsidentschaft zurückzuführen. Vor allem die stark ausgeweiteten Kriegsvollmachten des Präsidenten, die Schließung des Gefangenenlagers Guantanamo und die ausufernden Überwachungsaktivitäten standen im Fokus des präsidentiellen *Retrenchments* (vgl. Wilzewski 2016). In seiner Rede vor der Militärakademie in West Point 2009 zum weiteren Vorgehen in Afghanistan und Pakistan bemühte Obama deshalb Elemente des *Seclusive Exceptionalism*, um die Schließung des Gefangenenlagers Guantanamo voranzutreiben: „That's why we must promote our values by living them at home -- which is why I have prohibited torture and will close the prison at Guantanamo Bay.“ (Obama 2009b) Das exzeptionelle Element einer exemplarischen Nation ist auch hier wieder verbunden mit dem amerikanischen Missionsgedanken, die einzigartigen Werte zu verbreiten und mit dem generellen Anspruch, nicht nur Beispielnation, sondern Führungsnation der freien Welt zu sein. Obama formulierte in diesem Zusammenhang: „And we must make it clear to every man, woman and child around the world who lives under the dark cloud of tyranny that America will speak

out on behalf of their human rights, and tend to the light of freedom and justice and opportunity and respect for the dignity of all peoples.“ (ebd.) Elemente des *Seclusive Exceptionalism* sollten dazu dienen, die Präferenzen des Präsidenten im außenpolitischen Aushandlungsprozess der USA, vor allem gegenüber dem Kongress, zu befördern. Die gewählten exzeptionellen Elemente sollten sich jedoch nicht als ausreichend stark oder mehrheitsfähig herausstellen, um damit auch den Kongress oder die öffentliche Meinung von der Schließung des Gefangenenlagers zu überzeugen. Bis auf ein kurzes „Window of Opportunity“ Anfang 2009 lehnt eine Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung die Schließung des Gefangenenlagers auf Guantanamo weiterhin konstant ab.

Wohingegen sich Elemente des *Seclusive Exceptionalism* durchaus als responsiv und mehrheitsfähig herausstellten, war in der zurückhaltenden und kostensensitiven Interventionspolitik Obamas. Wie Mead schreibt, präferieren Vertreter der außenpolitischen Grundorientierung der sogenannten *Jeffersonians* risikoaverse und vor allem kostensensitive außenpolitische Strategien (vgl. Mead 2002: 194f.). Die von Obama gewählten exzeptionellen Elemente einer auf die USA zugewandten exemplarischen Selbstzuschreibung zeigten sich kompatibel sowohl mit der stärkeren Betonung multilateraler Ansätze während der Intervention in Libyen 2011, die von vielen als „leading from behind“ charakterisiert wurde, als auch mit der Intervention gegen den Islamischen Staat in Syrien und dem Irak 2014 durch die von den USA angeführte Koalition der Willigen (vgl. Martel 2015: 329). In seiner *Address to the Nation on Libya* am 29. März 2011, kurz nach Beginn der Militärationen erklärte Obama, dass „[mindful] of the risks and costs of military action, we are naturally reluctant to use force to solve the world’s many challenges. But when our interests and values are at stake, we have a responsibility to act.“ (Obama 2011) Diese Verantwortung zu handeln sollte bei Obama jedoch nicht wie unter George W. Bush eine Politik des Demokratieexports befördern, sondern die liberalen Grundwerte der USA verteidigen. Obama versuchte deshalb die amerikanische Interventionspolitik in Einklang mit den außenpolitischen Präferenzen der Öffentlichkeit als möglichst kosteneffizient und als logische Schlussfolgerung der eigenen Verantwortung darzustellen. Diese zeigte sich von Beginn an eher kriegsabgeneigt, wobei die Zustimmung zu den Luftschlägen im zeitlichen Verlauf merklich sank (vgl. Abbildung 2).

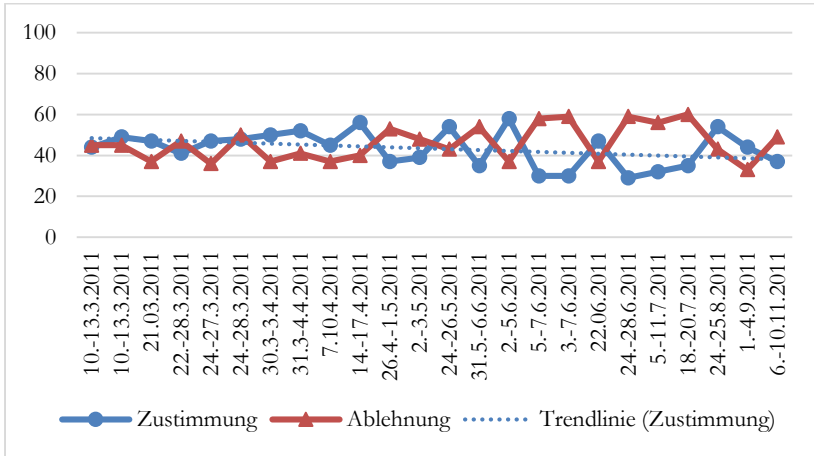


Abbildung 2: Einstellungsmuster der amerikanischen Öffentlichkeit zur militärischen Intervention in Libyen. »Do you think that the U.S. and its allies made the right decision or the wrong decision to conduct military airstrikes in Libya?« (in Prozent) (Eigene Darstellung nach Daten von ABC News/Washington Post, AP-GfK, CBS News, CBS News/New York Times, CNN/Opinion Research Corporation, CNN/ORC, Fox News, Gallup, NBC News/Wall Street Journal, Pew Research Center und Quinnipiac University auf Pollingreport (2015); Fragestellungen leicht unterschiedlich)

In seiner Rede an die Nation betonte Obama deshalb den geringen Beitrag der amerikanischen Streitkräfte und den multilateralen Kontext der Militärationen: „I said that America’s role would be limited; that we would not put ground troops into Libya; that we would focus our unique capabilities on the front end of the operation and that we would transfer responsibility to our allies and partners.“ (ebd.) Mit diesem Deutungsangebot versuchte Obama nicht nur die Präferenzen der außenpolitisch zurückhaltenden *Jeffersonians* zu befördern, sondern auch an die interventionistisch orientierten Präferenzen der *Wilsonians* anzuknüpfen. Indem er die „core interests“ der USA mit der Verteidigung ihrer exceptionellen Werte und den Führungsanspruch aufgrund dieser Ideale gleichsetzte, reagierte er auf die Kritiker seiner Außenpolitik, die ihm vorwarfen, in einen Konflikt verstrickt zu sein, indem die USA keine nationalen Interessen habe und er seine exekutiven Vollmachten missbrauche. Obamas Rhetorik und Außenpolitik während der Intervention in Libyen 2011 ist deshalb an der Schnittstelle zwischen den Idealtypen des *Seclusive* und des

Cooperative Exceptionalism zu sehen. Die amerikanische militärische Zurückhaltung und das Argument der Obama-Administration, dass aufgrund der geringen Intensität der amerikanischen Luftschläge und deren vorwiegende Unterstützungsleistungen keine Autorisierung durch den Kongress von Nöten sei, kann somit auch vor dem Hintergrund einer Selbstrestriktion gedeutet werden. Aufgrund fehlender öffentlicher Unterstützung für die amerikanische Interventionspolitik antizipierte Obama für eine weitreichende Autorisierung militärischer Aktionen keine Mehrheit im Kongress und beschränkte sich so auf eine kostensensitive militärische Zurückhaltung, die laut eigener Darstellung nicht vom Kongress autorisiert werden musste. Auch die von Obama geförderte Drohnenpolitik sollte sich mit Elementen des *Seclusive Exceptionalism* als kompatibel erweisen. In einer Rede an der *National Defense University* beschrieb Obama 2013 die Drohnenangriffe einerseits als effektiv und kostensensitiv und betonte andererseits das Ziel der Administration, „to establish a framework that governs our use of force against terrorists“ (Obama 2013). Obama nimmt somit die Kritik auf, Drohnenangriffe stehen der Identität der USA als Beispielnation konträr gegenüber, und entkräftet sie, indem er betont, dass diese nur *ultima ratio* seien und dass „our preference is always to detain, interrogate, and prosecute“ (ebd.).

In den oben genannten Fällen amerikanischer Außenpolitik tritt Obama rhetorisch vorwiegend im Gewand eines *Seclusive Exceptionalism* auf, wobei die oben beschriebenen multilateralen und unilateralen Anwendungen militärischer Gewalt durchaus kompatibel zu den außenpolitisch kostensensitiven Präferenzen eines *Seclusive Exceptionalism* sind. In der *State of the Union Address* 2015 spricht Obama von „Leading – always – with the example of our values. That’s what makes us exceptional. That’s what keeps us strong. That’s why we have to keep striving to hold ourselves to the highest of standards – our own.“ (Obama 2015) Das exemplarische Element betont die Verantwortung die Mission im Innern zu erfüllen und verknüpft diese zugleich mit dem Führungsanspruch der USA. Aus „leading“ folgt die Bereitschaft, der Welt als Beispiel voranzugehen und daraus abgeleitet die Verantwortung für eine wertegebundene Außenpolitik. Ziel der Administration Obamas war es, mit den exzeptionellen Elementen eines *Seclusive Exceptionalism* die unter dem vorigen Präsidenten Bush kompromittierte amerikanische Außenpolitik zu erneuern und die Präferenzen einer außenpolitisch zurückhaltenden Öffentlichkeit zu befördern. In dem *Crusading Exceptionalism* der Ära George

W. Bushs findet der amerikanische Exzeptionalismus Barack Obamas sein typologisches Antonym. Dieser war von der Idee einer „manifest destiny“ inspiriert, die universellen Werte und demokratischen Prinzipien der USA aktiv zu verbreiten. Nicht die exemplarische Demokratieförderung stand im Mittelpunkt, sondern der kämpferische Demokratieexport.

Tabelle 3: Exzeptionelle Elemente des „*Seclusive Exceptionalism*“ und ihre beförderten Präferenzen (Quelle: Eigene Darstellung)

Typus des amerikanischen Exzeptionalismus	Exzeptionelle Elemente	Beförderte (Interventions-) Präferenz
<i>Seclusive Exceptionalism</i>	Herausgehobenselement	Auftrag zur Einhaltung der Mission nach innen
	Bewahrungselement	Erhalt und Schutz der einzigartigen demokratischen Werte (innerhalb der USA)
	Beispielelement	Umsetzung der Mission nach innen und passive Ausstrahlung der USA
	Zurückhaltungselement	Zurückhaltende und kostensensitive außenpolitische Strategien
	Stellvertreterelement	Führungsanspruch der USA aufgrund moralischer Autorität

2.3. *A Crusading Exceptionalism?* Die interventionistische Grundorientierung der *Jacksonians* und das Vermächtnis der „manifest destiny“

Während der im vorherigen Kapitel vorgestellte Typus des amerikanischen Exzeptionalismus als *Seclusive Exceptionalism* seinen Gründungsmythos in den mahnenden Worten John Winthrops von der „city upon a hill“ findet, gründet sich der *Crusading Exceptionalism* in der expansiven Bedeutung der „manifest destiny“, der offenkundigen Bestimmung der USA. Mitte des 19. Jahrhunderts schrieb der amerikanische Publizist John O’Sullivan vor dem Hintergrund der Okkupation und Annexion des Oregon-Territoriums durch die USA von dem „right of our manifest destiny to overspread and to possess the whole continent which providence has given us for the development of the great experiment of liberty and federated self government.“ (zit. nach Stephanson 1995: 42)⁸ Der von O’Sullivan 1845 geprägte Begriff der offenkundigen Bestimmung (*manifest destiny*) ist das bekannteste exzeptionelle Element zur Legitimation amerikanischer Expansionsbestrebungen Mitte des 19. Jahrhunderts, das in enger Verbindung mit dem exzeptionellen Element einer (göttlichen) Vorhersehung (*providence*) des *Seclusive Exceptionalism* steht. Bereits in den Erweiterungen des US-amerikanischen Territoriums durch den *Louisiana Purchase* 1803 oder des *Florida Purchase Treaty* von 1819 können erste Anzeichen der beginnenden Phase territorialer Expansion der USA gesehen werden. In einem Brief an seinen Vater John Adams, Gründervater und zweiter Präsident der USA von 1797-1801, legitimierte der spätere sechste Präsident der USA, John Quincy Adams, den Expansionsgedanken 1811 ebenfalls mit dem religiös induzierten Element einer göttlichen Vorhersehung:

North America appears to be destined by Divine Providence to be peopled by one nation, speaking one language, professing one general system of religious and political principles, and accustomed to one general tenor

⁸ Bereits ein halbes Jahr zuvor schrieb O’Sullivan in einem Artikel über die Annexion von Texas durch die USA für das *United States Magazine and Democratic Review* von der „manifest destiny to overspread the continent allotted by Providence for the free development of our yearly multiplying millions“. (O’Sullivan 1845: 2)

of social usages and customs. For the common happiness of them all, for their peace and prosperity, I believe it is indispensable that they should be associated in one federal Union. (zit. nach McDougall 1997: 78)

Sowohl John O’Sullivan als auch John Quincy Adams bemühen exzeptionelle Elemente eines religiös induzierten Missionsgedankens und verknüpfen diese mit einem Expansionsdrang, der sich in einer Verpflichtung gegenüber den säkularen Freiheitswerten der USA gründet. Laut Kagan (vgl. 2006: 74) war es jene Verpflichtung zu liberalen Freiheitsrechten, die sich als Motor der Expansion Mitte des 19. Jahrhunderts erwies. Die Regierung der USA, die sich anders als die Monarchien Europas auf die Interessen aller Individuen berief und vorgab diese zu schützen, konnte den Expansionsdrang der Siedler nicht wirksam eindämmen, da dies als Angriff auf genau jene Freiheitsrechte gegolten hätte. Das Verständnis der USA als außergewöhnliche, von göttlicher Vorsehung geschützter Nation von Freiheit und Demokratie, führte zusammen mit dem radikalen Individualismus der Präsidentschaft Andrew Jacksons (1829-1837) zur kollektiven Identitätsformation einer expansiven Nation, die so den Grundstein der späteren imperialen Expansionspolitik der USA Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts und der militanten außenpolitischen Präferenzen der sogenannten *Jacksonians* legen sollte. Höhepunkt der kontinentalen Expansion der USA unter der Präsidentschaft Andrew Jacksons war der *Indian Removal Act* aus dem Jahr 1830, der die ungestörte Expansion der USA östlich des Mississippi regelte, indem die dortigen Ureinwohner in das Gebiet des heutigen Oklahoma ausgesiedelt wurden.⁹ Am 6. Dezember 1830 begründete Präsident Andrew Jackson dieses Gesetz vor dem Kongress mit folgenden Worten:

What good man would prefer a country covered with forests and ranged by a few thousand savages to our extensive Republic, studded with cities, towns, and prosperous farms embellished with all the improvements which art can devise or industry execute, occupied by more than

⁹ Stephanson (vgl. 1995: 24) weist darauf hin, dass zu diesem Zeitpunkt die Indianerstämme bereits vernichtend geschlagen waren. Für eine genauere Darstellung amerikanischer Politik und Einstellungen gegenüber den amerikanischen Ureinwohnern siehe Kagan (2006: 81-93).

12,000,000 happy people, and filled with all the blessings of liberty, civilization and religion? (Jackson 1830)

Die rassistische Diskriminierung der amerikanischen Ureinwohner als „Wilde“ (savages) sollte sich als eine *conditio sine qua non* für die Aussöhnung der Expansion der USA und ihrem bisherigen Selbstverständnis als Beispielnation demokratischer und freiheitlicher Werte zeigen. „Indians had to be understood as not possessing the rights of citizens, or else how could their lands be taken at all?“, wie McDougall (1997: 87f.) formuliert. Das Bild der Indianer als „Wilde“ wird so zur Antithese des eigenen Selbstbildes der USA als auserwählte Nation und somit zur Legitimationsgrundlage einer expansiven Politik. Die Diskriminierung wird zur Notwendigkeit einer militanten Identität, da es einer konkreten Negation des eigenen Selbst bedarf, das bekämpft oder bekehrt werden muss. Nur so lässt sich der Missionsgedanke aktiv erfüllen (vgl. Junker 2003: 19). Feindbilder und manichäisches Denken, d.h. Denken in den Kategorien Gut gegen Böse, sind daher zentrale Elemente eines *Crusading Exceptionalism*. Laut Frederick Jackson Turner, prominentester Vertreter der Frontierthese, war die Grenze zu den Indianerstämmen ein „consolidating agent“ in der Geschichte der USA, da die Indianer als „common danger“ wahrgenommen wurden, die eine „united action“ der Siedler erforderlich machten (Turner 1921: 22).¹⁰ Turner kommt daher zu dem Schluss, dass „the unifying tendencies of the Revolutionary period were facilitated by the previous cooperation in the regulation of the frontier“ und das die Grenzen zu den Indianerstämmen „as a military training school“ die „stalwart and rugged qualities of the frontiersman“ erst herausgebildet haben (ebd.: 22f.). Inhärenter Bestandteil jedes manichäischen Elements, aber auch der Frontierthese, ist der Gedanke zivilisatorischer Superiorität. In den USA sollte sich dieser Superioritätsgedanke vor allem aus der christlich-religiösen Tradition speisen. Oft zitiertes Beispiel des christli-

¹⁰ Turner vertritt die These, dass die Gründe des amerikanischen Exzeptionalismus in der Erfahrung und kontinuierlichen Interaktion der amerikanischen Siedler mit der Wildnis und deren Ausdehnung der Zivilisation gen Westen zu finden sind: „American social development has been continually beginning over again on the frontier. This perennial rebirth, this fluidity of American life, this expansion westward with its new opportunities, its continuous touch with the simplicity of primitive society, furnish the forces dominating American character.“ (Turner 1921: 12)

chen Superioritätsgedankens ist der amerikanische Pfarrer und Autor Josiah Strong, der in seinem 1885 erschienen Buch „Our Country – Its Possible Future and its Present Crisis“ die angelsächsische Rasse als überlegen darstellte, indem sie die beiden Ideen der „civil liberty“ und der „spiritual Christianity“ in Form der USA am besten vereine und repräsentiere (Strong 1885: 159f.). Dieser Superioritätsgedanke diene Strong als Grundlage eines aktiven Missionsgedankens der angelsächsischen Rasse, in dem Sinne, als „having developed peculiarly aggressive traits calculated to impress its institutions upon mankind, will spread itself over the earth.“ (Strong 1885: 175) . Die bereits bei Jackson und seiner Rechtfertigung des *Indian Removal Act* vor dem Kongress implizite zivilisatorische Superiorität der USA, vereint sich hier nun mit darwinistischen Ideen einer natürlichen Auslese und eines Kampfes der Rassen, in der letztendlich die USA dazu von Gott berufen sind, als Vertreter für die zukünftigen Geschicke der Welt verantwortlich zu sein. Spätestens mit der *Roosevelt-Corollary* 1904 und den Interventionen der USA in Folge des amerikanisch-spanischen Krieges von 1898 auf Kuba und Puerto Rico, der Annexion Hawaiis (ebenfalls 1898) und den darauffolgenden kolonialen Besitztümern auf den Philippinen und Guam wandelte sich der noch kontinental verstandene missionarische Missionsgedanke eines *Crusading Exceptionalism* zu einem „progressive imperialism born of Americans‘ sense of secular and religious mission.“ (McDougall 1997: 114)

Als modernes Beispiel dieses kriegerischen Missionsgedankens kann die Interventionspolitik des 43. Präsidenten George W. Bushs gehalten werden, der nach den Terrorereignissen des 11. September 2001 und der Irak-Intervention 2003 in seiner *State of the Union Address* 2004 erklärte: „America is a nation with a mission, and that mission comes from our most basic beliefs. We have no desire to dominate, no ambitions of empire. Our aim is a democratic peace, a peace founded upon the dignity and rights of every man and woman.“ (Bush 2004) Auch in diesem Beispiel missionarisch verstandener Außenpolitik, bei dem das Ziel eines demokratischen Friedens und der darin implizierte Demokratieexport klar benannt werden, spielen die säkularen, von der Aufklärung beeinflussten Ideen der Gründerväter eine tragende Rolle. Wie bereits Josiah Strong im 19. Jahrhundert, so verknüpft auch Bush die säkularen Werte mit der theologischen Begründung im Auftrag eines „special calling“ zu handeln und das von Gott im Menschen angelegte Streben nach Freiheit zu ver-

wirklichen (ebd.). Der Missionsgedanke bei Bush ist jedoch keine Mission die nach innen auf den Erhalt und Ausbau der demokratischen Werte der USA abzielt, sondern wird klar als Auftrag verstanden, die Grundprinzipien dieser „great republic“ nach außen zu tragen und die Welt nach den als universal gültig gehaltenen Vorstellungen der USA zu reformieren.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September versuchte George W. Bush mit exzeptionellen Elementen eines *Crusading Exceptionalism* die außenpolitische Grundorientierung der *Jacksonians* zu befördern und die amerikanische Außenpolitik des Demokratieexports zu legitimieren. *Jacksonians* präferieren eine außenpolitische Ausrichtung der USA, in der Krieg und Expansion in Zeiten nationaler Krise und zur Verteidigung der eigenen Gemeinschaft als legitime außenpolitische Mittel angesehen werden. Im Gegensatz zu den *Hamiltonians* glauben *Jacksonians* nicht an einen globalen Meliorismus in Form eines allgemein gültigen Völkerrechts oder einer universal gültigen Weltordnung, sondern in Abgrenzung zur eigenen Gemeinschaft an eine gewalttätige und anarchische Welt (vgl. Mead 2002: 244). Die berühmt gewordene Formulierung der „axis of evil“ aus der *State of the Union Address* von George W. Bush aus dem Jahr 2002 und die kurz nach den Anschlägen vom 11. September gehaltene Rede vor einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses, in der Bush jeder Nation dieser Erde erklärte, „[either] you are with us, or you are with the terrorists“ sind Ausweise dieser Identitätselemente (Bush 2002; Bush 2001). Die Verwendung manichäischer Elemente und der Prozess von Differenzierung und Distanzierung in der Legitimation amerikanischer Außenpolitik durch George W. Bush sind in dem Ziel begründet, die außenpolitischen Präferenzen des *Crusading Exceptionalism* zu befördern. Die so auf den bereits weiter oben zitierten amerikanischen Präsidenten Andrew Jackson zurückgehende außenpolitische Tradition der *Jacksonians* bildet die militanteste aller vier von Mead (2002) identifizierten außenpolitischen Schulen der USA. Besonders geprägt wurde diese Tradition durch die Grenzerfahrung der ersten kontinentalen Pioniere wie sie von Frederick Jackson Turner beschrieben wurde und einem christlichen Gemeinschaftssinn, der den Differenzierungsgedanken des *Crusading* Idealtypus weiter beförderte.

Basierend auf den moralischen Grundsätzen des *Crusading Exceptionalism* erscheinen Interventionen als legitim, wenn sie dem Wohlergehen der eigenen Gemeinschaft dienen, oder gegen diejenigen gerichtet sind,

die gegen die moralischen Grundsätze der Gemeinschaft verstoßen haben und somit eine Bedrohung darstellen. In der bereits zitierten Rede vor einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses sprach Bush jenen Gemeinschaftssinn der USA kurz nach den Terroranschlägen vom 11. September gezielt an: „Americans are asking, why do they hate us? They hate what we see right here in this chamber -- a democratically elected government. Their leaders are self-appointed. They hate our freedoms -- our freedom of religion, our freedom of speech, our freedom to vote and assemble and disagree with each other.“ (Bush 2001)

Die Abgrenzung der eigenen Gemeinschaft zur Unterstreichung der Einzigartigkeit und moralischen Superiorität diente Bush als Legitimation seiner ideologisch fundierten Politik des Demokratieexports und des gewaltsamen Regimewechsels. Die Intervention in Afghanistan und der Sturz des dortigen Talibanregimes wird aus dieser Sicht nicht nur zur Verteidigung der eigenen Sicherheit, sondern zur moralischen Pflicht: „The advance of human freedom -- the great achievement of our time, and the great hope of every time -- now depends on us.“ (ebd.) Eines der exzeptionellen Grundelemente des *Crusading* Idealtypus ist wie bei allen anderen Ausformungen des amerikanischen Exzeptionalismus der Anspruch, eine Führungsrolle in der Welt zu haben: „We will rally the world to this cause by our efforts, by our courage“ wie Bush 2001 betonte (ebd.). Besonders in der Legitimation des Irakkrieges 2003 zeigte sich das in allen Formen des amerikanischen Exzeptionalismus wirksame Element, stellvertretend für die Welt zu handeln, im Zweifelsfall auch unilateral. In seiner Rede vom 17. März 2003 kurz vor Beginn der Kampfhandlungen im Irak betonte Bush nicht nur im Namen der USA, sondern im Namen der ganzen Welt zu handeln: „As we enforce the just demands of the world, we will also honor the deepest commitments of our country.“ (Bush 2003). Die exzeptionellen Elemente des *Crusading Exceptionalism* als Legitimation amerikanischer Außenpolitik zeigten sich zu Beginn des Irakkrieges 2003 weiterhin als mehrheits- und konsensfähig. Die Allianz und Mobilisierung der vorherrschenden neokonservativen Ideologie der Bush Administration mit politisch rechtsorientierten christli-

chen Gruppen sorgte für ein ausreichendes Momentum, um die außenpolitischen Präferenzen der *Jacksonians* ein weiteres Mal zu befördern.¹¹ Besonders die manichäischen, religiösen und superioren Elemente des *Crusading Exceptionalism* resonierten mit dieser Allianz ideologisch gleichgesinnter gesellschaftlicher Gruppen. Die Zustimmungsraten zu den beiden Interventionen in Afghanistan und dem Irak lagen zu Beginn bei über 75 Prozent, im Fall Afghanistans sogar bei knapp 90 Prozent (vgl. Abbildung 3). Erst 2005 zeigten sich die exzeptionellen Elemente des Idealtypus des *Crusading Exceptionalism* gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit nicht mehr als mehrheitsfähig. Mitte 2005 überwog in öffentlichen Umfragen erstmals das Lager, das den Krieg im Irak als außenpolitischen Fehler einstufte.

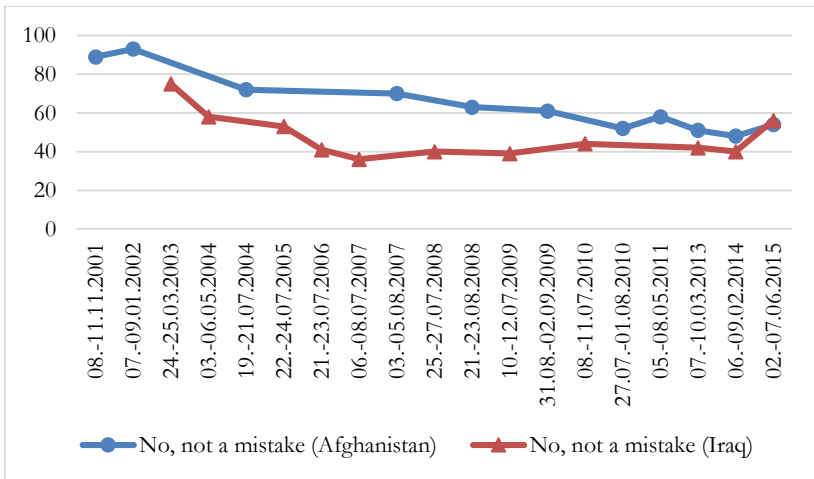


Abbildung 3: Einstellungsmuster der US-Bürger zu den Kriegen in Afghanistan und Irak: »[Do] you think the United States made a mistake in sending troops/military forces to Iraq/Afghanistan, or not?« (in Prozent) (Eigene Darstellung nach Daten von Gallup (2016a) und Gallup (2016b)).

¹¹ Evangelikale Christen stimmten bei den Präsidentschaftswahlen 2004 zu 78 Prozent für George W. Bush und waren damit für ein Drittel des Gesamtzuwachses des Elektors von George W. Bush verantwortlich (vgl. Economist 2004)

Diese Entwicklung fällt zusammen mit der Bekanntwerdung des Folterskandals im Militärgefängnis Abu-Ghraib im Irak 2004 und den steigenden Opferzahlen aufseiten des amerikanischen Militärs. Die Bush-Administration reagierte auf diese Entwicklung, indem sie den Irakkrieg nicht mehr in den Kontext des missionarischen Demokratieexports stellte, sondern indem sie seine Verbindung zum wesentlich mehrheitsfähigeren „war on terror“ betonte (vgl. Olmastroni 2014: 125). Mit dem aufgebrochenen Informationsvorsprung der Administration war es der Opposition zudem möglich, konkurrierende Deutungsangebote zu setzen und die Legitimation von Bush in Frage zu stellen. In der für den Wahlkampf um die Kongresswahlen 2006 taktisch verfolgten Abstimmung über den *Military Commissions Act* (Public Law 109-366) zeigte sich die zunehmende Kritik der Demokraten, die die Außerkraftsetzung fundamentaler Grundrechte als unamerikanisch und kontraproduktiv kritisierten (vgl. Jacobson 2007: 15). Auch neokonservative Vordenker wie die ehemalige Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Jeane Kirkpatrick und der republikanische Senator Pat Roberts kritisierten die Außenpolitik von George W. Bush, indem sie ihrerseits exzeptionelle Elemente des Idealtypus zur Legitimation ihrer außenpolitisch zurückhaltenden Präferenzen bemühten (vgl. Monten 2005: 154f.). Die Elemente des *Crusading Exceptionalism* zeigten sich nicht mehr als mehrheits- und konsensfähig und konnten die militanten außenpolitischen Präferenzen der *Jacksonians* nicht mehr ausreichend gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit und dem Kongress legitimieren. Resultat dieser Entwicklung war, dass mit Obama 2008 ein Präsident gewählt wurde, der mit exzeptionellen Elementen eines *Seclusive Exceptionalism* am besten an die außenpolitisch nun zurückhaltenden Präferenzen der amerikanischen Bevölkerung anknüpfen konnte.

Tabelle 4: *Exzeptionelle Elemente des „Crusading Exceptionalism“ und ihre beförderten Präferenzen (Quelle: Eigene Darstellung)*

Typus des amerikanischen Exzeptionalismus	Exzeptionelle Elemente	Beförderte (Interventions-) Präferenz
<i>Crusading Exceptionalism</i>	Auftragsselement	Intervention der USA aufgrund göttlichen Auftrags (manifest destiny)
	Manichäisches Element	Expansion und/oder Intervention aufgrund Bekämpfung des Bösen oder Schlechten
	Superioritätselement	Aktive Umsetzung der Mission nach außen, da zivilisatorische Überlegenheit der USA
	Bekehrendes Element	Intervention zum Export der als universal gültig verstandenen demokratischen Werte
	Freiheitselement	Führungsanspruch der USA als Speerspitze der Zivilisation und für Freiheit

2.4. *A Cooperative Exceptionalism?*

Der friedensfördernde Internationalismus der *Wilsonians* als außenpolitische Präferenz des kooperativen Exzeptionalismus

Die Besonderheit des *Cooperative Exceptionalism* ist es, sowohl exemplarische als auch missionarische Elemente des amerikanischen Exzeptionalismus miteinander zu vereinen. Während sich die anderen Typen des amerikanischen Exzeptionalismus jeweils nur durch Elemente einer aktiven Dimension des Missionsgedankens auszeichnen (im Fall des *Reluctant Exceptionalism* keiner), gewinnt der Missionsgedanke des *Cooperative Exceptionalism* durch das Zusammenspiel sowohl exemplarischer als auch missionarischer Elemente einen kooperativen, teils sogar moralisierenden, Charakter. Basierend auf dem zivilisatorischen Superioritätsdenken des 19. Jahrhunderts formulierte Theodore Roosevelt in seiner *State of the Union Address* 1904 in Ermahnung des amerikanischen Imperialismus:

Chronic wrongdoing, or an impotence which results in a general loosening of the ties of civilized society, may in America, as elsewhere, ultimately require intervention by some civilized nation, and in the Western Hemisphere the adherence of the United States to the Monroe Doctrine may force the United States, however reluctantly, in flagrant cases of such wrongdoing or impotence, to the exercise of an international police power. (Roosevelt 1904)

Galt bis dahin die Ankündigung James Monroes aus seiner siebten *State of the Union Address* 1823, dass „the American continents [...] are henceforth not to be considered as subjects for future colonization by any European powers“, so interpretierte Roosevelt diese Doktrin dahingehend um, dass die fundamentale Verletzung zivilisatorischer Standards im Umfeld der USA ein Eingreifen der USA nicht nur ermöglichen, sondern moralisch sogar nötig machen würde. Roosevelt interpretierte damit ei-

nen Grundpfeiler amerikanischer Außenpolitik neu, der zuvor als zurückhaltender Imperativ die Außenpolitik der USA begrenzte.¹² War zuvor die negative Verfügung der USA, Lateinamerika aus der Einflusszone der europäischen Staaten zu halten, oberstes Gebot amerikanischer Außenpolitik, galt nun das Recht und die Pflicht, sich in die inneren Angelegenheiten der karibischen Staaten einzumischen und dort gegebenenfalls zu intervenieren (vgl. Stephanson 1995: 107). Befördert wurde diese Sichtweise durch das exzeptionelle Element des *Crusading Exceptionalism* der USA als Speerspitze der Zivilisation, wie es in der „manifest destiny“ und dem evangelikalischen Expansionismus eines Josiah Strong implizit enthalten ist.

Der Wandel hin zu einer kollektiven Identität als imperiale Großmacht war allerdings nicht unumstritten. Der amerikanische Senator Richard F. Pettigrew schrieb beispielsweise zur Debatte der Annexion Hawaiis 1898, dass „[m]anifest destiny has caused the strong to rob the weak and has reduced the weak to slavery“ und dass sie „simply the cry of the strong in justification of their plunder of the weak“ sei (zit. nach Stephanson 1995: 103f.). Die Kritik an der Expansion der USA und ihrer Identität als *Crusading Exceptionalism* nimmt auch Roosevelt in seiner bereits zitierten *State of the Union Address* 1904 auf:

Ordinarily it is very much wiser and more useful for us to concern ourselves with striving for our own moral and material betterment here at home than to concern ourselves with trying to better the condition of things in other nations. [...] Nevertheless there are occasional crimes committed on so vast a scale and of such peculiar horror as to make us doubt whether it is not our manifest duty to endeavor at least to show our disapproval of the deed and our sympathy with those who have suffered by it.” (Roosevelt 1904)

Zwar sei es üblicherweise klüger und nützlicher, sich um die Pflege und den Schutz der eigenen demokratischen Werte und Freiheit zu sorgen, bei schwerwiegenden Verbrechen eben dieser sei es jedoch die „manifest duty“ der USA, zu intervenieren. Damit hatte sich die vormals exempla-

¹² Erste Anzeichen einer beginnenden Großmachtspolitik können bereits 1898 im Zuge des militärischen Sieges der USA gegen Spanien in der Aneignung kolonialer Besitztümer in der Karibik und dem asiatisch-pazifischen Raum gesehen werden (vgl. Meiser 2015: 29).

rische Identität der USA im Sinne eines *Seclusive Exceptionalism* in eine offensiv missionarische gewandelt, die eine aktive Außenpolitik zur Weiterverbreitung der exzeptionellen Werte der USA vertrat.

In der Außenpolitik Woodrow Wilsons und dem amerikanischen Exzeptionalismus als *Cooperative Exceptionalism* sollten sich die beiden Missionsstränge jedoch wirkungsvoll vereinen. Woodrow Wilson, der mit seinem 14-Punkte-Programm maßgeblich die Friedensordnung nach Ende des Ersten Weltkrieges in Europa prägen wollte, bevorzugte noch zu Beginn des Ersten Weltkrieges eine neutrale Rolle der USA als Vermittler. Diese Haltung entsprach den damaligen Präferenzen der amerikanischen Bevölkerung, die jedoch spätestens mit der Ankündigung Deutschlands einer Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs 1917 hinfällig war (vgl. Stephanson 1995: 115f.).¹³ In einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses bat Wilson am 2. April 1917 diesen um eine offizielle Kriegserklärung an Deutschland mit den Worten: „We are now about to accept gauge of battle with this natural foe to liberty and shall, if necessary, spend the whole force of the nation to check and nullify its pretensions and its power.“ (Wilson 1917) Hintergrund der Kriegserklärung und deren Legitimation ist wiederum der Missionsgedanke der USA, „to vindicate the principles of peace and justice in the life of the world“, der sich bei Wilson jedoch nicht in einem *Crusading*, sondern in einem *Cooperative Exceptionalism* gründen sollte (ebd.). Wilson (ebd.) betonte, nicht mit dem imperialen Anspruch und den Interessen einer Großmacht in den Krieg zu ziehen, sondern für den „ultimate peace of the world and for the liberation of its peoples“ zu kämpfen und als „one of the champions of the rights of mankind“ am Krieg teilzunehmen. Der amerikanische Exzeptionalismus wird durch das Zusammenspiel missionarischer und exemplarischer Elemente zum *Cooperative Exceptionalism*, der nicht den gewaltsamen Export eigener moralischer Wertvorstellungen zum Ziel hat, sondern den Aufbau einer globalen Friedensordnung anhand moralischer Wertvorstellungen. Das am 8. Februar 1918 ebenfalls vor einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses

¹³ Wie Stephanson (1995: 115) schreibt, sah Roosevelt Wilson als „quintessence of timidity“ an, da Roosevelt im Gegensatz zu Wilson eine wesentlich aggressivere Außenpolitik mit der Option einer militärischen Intervention gegen das imperiale Deutschland bevorzugte, das für ihn klare Züge einer despotischen Nation angenommen hatte und es somit die „manifest duty“ der USA sei, „to do all in its might to crush the Kaiser.“

vorgestellte 14-Punkte-Programm Wilsons ist Ausdruck dieser exzeptionellen Selbstzuschreibung. Nach Ende des Ersten Weltkrieges und der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Versailles 1919 startete Wilson eine umfassende Kampagne zur Ratifizierung des Vertrags durch den amerikanischen Senat. In einer Spezialausgabe der *New York Times* vom 4. Oktober 1920, in der sich Wilson an die amerikanische Öffentlichkeit zur Unterstützung des Vertrages und der Gründung des Völkerbundes richtete, legitimierte er seine Entscheidung damit, dass entgegen den isolationistischen Präferenzen eines Henry Cabot Lodge

the great creators of the Government [...] thought of America as the light of the world, as created to lead the world in the assertion of the rights of peoples and the rights of free nations; as destined to set a responsible example to all the world of what free Government is and can do for the maintenance of right standards, both national and international. (Wilson 1920)

Die kollektive Identitätszuschreibung der USA im Sinne eines *Cooperative Exceptionalism* gründet sich in der missionarischen Annahme, die Welt in der Durchsetzung der „rights of peoples and the rights of free nations“ aktiv anzuführen und den exemplarischen Elementen, als „light of the world“ und als „responsible example“ aller freien Regierungen zu fungieren. Mit den exzeptionellen Elementen eines kooperativen Missionars, der die Verrechtlichung der anarchischen Welt als Kern des eigenen Missionsgedankens versteht, versuchte Wilson die Präferenzen der von Mead (2002) benannten außenpolitischen Tradition der sogenannten *Wilsonians* zu befördern und die Bevölkerung der USA von der Idee eines Völkerbundes zu überzeugen. Die exzeptionellen Elemente und das Legitimations- und Interpretationsangebot des Präsidenten zeigten sich jedoch nicht als ausreichend mehrheits- und konsensfähig. Nach den beiden gescheiterten Abstimmungen im November 1919 und März 1920 scheiterte Wilson damit, den Druck auf den Senat zu erhöhen, den Vertrag erneut zu verhandeln und mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zu ratifizieren. Wilson versuchte sowohl in der Kriegserklärung an Deutschland, als auch in der Debatte um die Ratifizierung des Versailler Vertrages die außenpolitischen Präferenzen eines *Cooperative Exceptionalism* zu befördern, indem er diese mit entsprechenden exzeptionellen Elementen zu verknüpfen und zu legitimieren suchte. Mead (2002: 417f.) sieht die Außenpolitik der USA während und nach Ende des Ersten

Weltkrieges nicht primär als Ausdruck der Persönlichkeit Wilsons, sondern stellt diese in den Kontext der umfassenden außenpolitischen Tradition des *Wilsonianism*.

Diese Tradition sieht er in der amerikanischen Missionsbewegung und ihrem Einfluss auf die Außenpolitik der USA gegründet, diese zu unterstützen, zu beschützen und zu fördern. Im Zentrum dieser Tradition steht die Vision einer „world of peaceful democracies treating one another with respect“ (ebd.: 169), aus der sich zwei Prinzipien ergeben: *erstens* der Glaube, Demokratien seien die verlässlicheren Partner, da sie einem rationalen Interessenkonzept entgegen streben und vor der gefährlichsten Form von Missrepräsentation der Dominanz einer militärischen Elite schützen, und *zweitens* der strategische Gedanke, eine weltweite Friedensordnung wirke kriegsverhütend (vgl. ebd.: 162-166). Der Aufbau und Erhalt einer globalen Friedensordnung ist im Sinne eines *Cooperative Exceptionalism* deshalb eine der zentralen außenpolitischen Präferenzen.

Während der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts war es Bill Clinton, der versuchte mit seiner Politik der „cooperative security“ an die außenpolitische Tradition der *Wilsonians* anzuschließen und diese mit Elementen eines *Cooperative Exceptionalism* zu befördern (vgl. Posen/Ross 1996/97). Clinton, der nach vier Jahrzehnten aktiver Außenpolitik im Namen des *Containment* der Sowjetunion einer außenpolitisch zurückhaltenden Öffentlichkeit gegenüberstand, deren Mobilisierung sich aufgrund der fehlenden sowjetischen Bedrohung als schwierig gestaltete und die einen Großteil der Friedensdividende für innenpolitische Zwecke einforderte, versuchte mit der Strategie kooperativer Sicherheit diesen gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden (vgl. Martel 2015: 310f.). Im Mittelpunkt der Strategie standen die Stärkung der Vereinten Nationen zur potenziellen Abschreckung aggressiver Staaten, die Verregelung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen durch Rüstungskontrollverträge und militärisches Eingreifen zu humanitären Zwecken (vgl. Posen/Ross 1996/97: 23-30).

Bereits in seiner *Inaugural Address* 1993 verband Clinton exemplarische Elemente eines *Seclusive Exceptionalism* mit den missionarischen Elementen eines *Crusading Exceptionalism*. Der direkte Bezug auf Thomas Jefferson und das exemplarische Element „to preserve the very foundations of our Nation“ diente als Legitimation der Aufforderung nach innen zu

schaufen und die amerikanische Demokratie zur „engine of our own renewal“ zu machen (Clinton 1993). Gleichzeitig betonte Clinton die internationale Verpflichtung der USA „to lead the world we did so much to make“ und den Einsatz militärische Gewalt, „with peaceful diplomacy whenever possible, with force when necessary.“ (ebd.) Wenige Tage vor der Militärintervention in Haiti sprach Clinton in einer *Address to the Nation* am 15. September 1994 davon, dass die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen durch das Militärregime in Port-au-Prince die „national security interests“ der USA berührten und diese die „responsibility to act“ hätten, für Stabilität zu sorgen und die Demokratie zu fördern (Clinton 1994). Ziel und Zweck exzeptioneller Deutungsangebote im Kontext des *Cooperative Exceptionalism* im Fall der Intervention in Haiti 1994 war es, die Öffentlichkeit von der Legitimität der Intervention zu überzeugen und die außenpolitischen Präferenzen der *Wilsonians* gegenüber dem Kongress und der Öffentlichkeit zu befördern. Bereits Clintons Vorgänger im Amt, George H. W. Bush, musste erfahren, dass die gesellschaftliche Gruppe liberaler Humanitaristen bei erodierendem Informationsverlust der Administration dazu in der Lage war, den medialen Diskurs in ihrem Sinne zu dominieren und mit Hilfe des Kongresses den Druck auf den Präsidenten zu erhöhen (vgl. Western 2002). Im Fall der Haiti Intervention zeigte sich im Vorfeld jedoch kein Druck von Seiten der Öffentlichkeit in Haiti zu intervenieren. Eine Umfrage der *Associated Press* zeigte im Juni 1994 gerade eine Zustimmung von 28 Prozent und eine mehrheitliche Ablehnung von 54 Prozent für eine Militärintervention in Haiti (vgl. *The Telegraph* 1994). Die multilaterale Einbettung der Militärintervention durch die Clinton-Regierung und der Verweis auf UN Resolution 940 spielten deshalb eine bedeutende Rolle in der Mobilisierung öffentlicher Meinung (vgl. Kreps 2007). In der bereits zitierten Rede formulierte Clinton, dass „the United States has agreed to lead a multinational force to carry out the will of the United Nations.“ (Clinton 1994) Das multilaterale Element des *Cooperative Exceptionalism* verband sich mit dem Element einer exemplarischen Nation: „the international community will act to honor our commitments; to give democracy a chance, not to guarantee it“ (ebd.). Clinton gelang es damit, die Intervention gegenüber der Öffentlichkeit zu legitimieren und die außenpolitischen Präferenzen der *Wilsonians* zu befördern. Umfragedaten zeigen, dass die öffentliche Meinung die Intervention in Haiti umso stärker befürwortete,

je stärker auf den multilateralen Charakter der Militärintervention hingewiesen wurde (vgl. Eichenberg 2005: 160).

Wie bei Bill Clinton gezeigt, besteht der amerikanische Exzeptionalismus als *Cooperative Exceptionalism* einerseits aus exemplarischen Elementen die Ideale der USA zu pflegen und nach diesen das Verhalten der Nation auszurichten, andererseits auch aus missionarischen Elementen, diese Ideale aktiv in die Welt zu tragen. Resultat der Verbindung beider Elemente ist die außenpolitische Tradition der *Wilsonians*, die den Erhalt einer internationalen Friedensordnung nicht wie im Fall der *Hamiltonians* als Nebenprodukt der Verfolgung nationaler Interessen sieht, sondern als moralische Verpflichtung gegenüber den eigenen Idealen. Ein Jahr nach der Militärintervention in Haiti formulierte Clinton in seiner Ansprache an die Nation zur Implementierung des Friedensabkommens von Dayton diesen Missionsgedanken wie folgt: „It is the power of our ideas, even more than our size, our wealth and our military might, that makes America a uniquely trusted nation. [...] From Iraq to Haiti; from South Africa to Korea; from the Middle East to Northern Ireland, we have stood up for peace and freedom because it's in our interest to do so, and because it is the right thing to do.“ (Clinton 1995)

Tabelle 5: *Exzeptionelle Elemente des „Cooperative Exceptionalism“ und ihre beförderten Präferenzen (Quelle: Eigene Darstellung)*

Typus des amerikanischen Exzeptionismus	Exzeptionelle Elemente	Beförderte (Interventions-) Präferenz
<i>Cooperative Exceptionalism</i>	Pflichtelement	Pflicht zur Intervention aufgrund moralischer Autorität der USA
	Verteidigungselement	Einmischung und Intervention in andere Staaten aufgrund Verteidigung universeller Werte
	Friedenselement	Führungsanspruch für Aufbau/Erhalt globaler Friedensordnung
	Multilaterales Element	Kooperative Umsetzung der Mission durch internationale Zusammenarbeit

3. Ideational Liberalism Conceptualized: Die ideationale Variante der liberalen Außenpolitiktheorie und die exzeptionelle Identität der USA

Ausgangspunkt der theoretischen Analyse auf dem amerikanischen Exzeptionalismus beruhender außenpolitischer Präferenzen ist die liberale Außenpolitiktheorie, wie sie von Andrew Moravcsik (1997; 2003; 2008) Ende der 1990er Jahre des vergangenen Jahrhunderts ausformuliert und erstmals im Sinne einer positivistischen und empirisch überprüf-
baren Theorie der internationalen Beziehungen mit Grundannahmen versehen wurde. Die zentrale Prämisse liberaler Theorien internationaler Beziehungen ist die Annahme, dass „the relationship between states and the surrounding domestic and transnational society in which they are embedded critically shapes state behavior by influencing the social purposes underlying state preferences“ (Moravcsik 1997: 516). Die liberale Theorie verfolgt demnach keine *top-down* Erklärung staatlichen außenpolitischen Verhaltens durch die Eigenschaften des internationalen Systems, wie die beiden Großtheorien der internationalen Beziehungen, der Neorealismus und der Neoinstitutionalismus, sondern eine „bottom-up“ view of politics“ (ebd.: 517), in der das Verhältnis von Gesellschaft und Staat im Vordergrund steht.

Moravcsik (vgl. ebd.: 516-521) gliedert diese *bottom-up* Perspektive in drei Grundannahmen, die jeweils mit den Ebenen Gesellschaft, Staat und internationales System korrespondieren. In seiner *ersten* Grundannahme definiert Moravcsik gesellschaftliche Akteure als die zentralen Akteure internationaler Politik, die im Durchschnitt risikoavers handeln und versuchen, ihre unterschiedlichen Interessen gegeneinander durchzusetzen (vgl. ebd.: 516f.). Moravcsik unterscheidet sich daher von anderen Vertretern liberaler Außenpolitiktheorien, indem er die Bürger eines Staates nicht als generell kriegsabgeneigt definiert, sondern er die Möglichkeit eines demokratischen Krieges unter der Bedingung offen lässt, dass die Außenpolitik eines Staates durch gesellschaftliche Akteure vereinnahmt werden kann, die diese Risikoaversität nicht teilen und aus dieser Sicht

zu irrationalem Verhalten tendieren (vgl. Rosato 2003). Aus Sicht der liberalen Außenpolitiktheorie von Moravcsik ist es durchaus vorstellbar, dass sich im gesellschaftlichen Aushandlungsprozess einer Demokratie Vertreter einer kriegsaffinen Außenpolitik durchsetzen, für die der zu erwartende Nutzen größer ist als die hervorgerufenen Kosten. Verfolgt werden dabei sowohl materielle als auch ideationale Interessen, die unabhängig von der Politik eines Staates gebildet werden (vgl. Moravcsik 1997: 517). Die Verfolgung außenpolitischer Interessen findet dem idealtypischen Akteurskonzept von Moravcsik zufolge unter der Bedingung einer „bounded rationality“ statt, d.h. das gesellschaftliche Akteure in der Wahl der ihnen zur Verfügung stehenden Handlungsalternativen bestimmten Restriktionen wie Unsicherheit oder Kosten zur Beschaffung der für die Entscheidung notwendigen Informationen unterliegen (vgl. Bienen et al. 1999: 4; Moravcsik 1997: 517). Hils (2008) nahm diese Restriktion rationalen Handlungsentscheidungs als Ausgangspunkt seiner Kritik der liberalen Außenpolitiktheorie und ihres unterspezifizierten Manipulationsbegriffs. Seiner Ansicht nach sind demokratische Kriege auch durch die mediale Manipulation der Öffentlichkeit zu erklären, indem die für eine risikoaverse außenpolitische Präferenz benötigten Informationen zurückgehalten oder bewusst manipuliert werden.

Die *zweite* Grundannahme der liberalen Außenpolitiktheorie nach Moravcsik besagt, dass sich aus materiellen und ideellen Interessen gesellschaftlicher Akteure außenpolitische Präferenzen entwickeln, die auf Ebene des Staates und seiner repräsentativen Institutionen und Praktiken zu staatlichen Präferenzen aggregiert und in Form außenpolitischen Verhaltens repräsentiert werden (vgl. Moravcsik 1997: 518). Laut Moravcsik spielen Identitäten bei der transmissiven Funktion des Staates eine kritische Rolle, insofern das außenpolitische Verhalten der Regierung durch die „underlying identities, interests, and power of individuals and groups“ (ebd.) eingeschränkt wird. Diese fordern Außenpolitiken, die mit den von ihnen vertretenen Identitäten und den darauf aufbauenden Präferenzen übereinstimmen. Eine authentische Responsivität staatlicher Institutionen liegt diesen Annahmen zufolge dann vor, wenn die von ihr verfolgten außenpolitischen Ziele mit den identitätsbasierten Präferenzen der durchsetzungsfähigsten gesellschaftlichen Akteure übereinstimmen. Die staatliche Außenpolitik ist daher keine Funktion systemischer Zwänge,

sondern Funktion subsystemischen innenpolitischen und gesellschaftlichen Drucks, der durch die repräsentativen Institutionen des Staates transmittiert wird.



Die *dritte* von Moravcsik aufgestellte Grundannahme liberaler Außenpolitiktheorie besagt, dass die interdependente Konfiguration staatlicher außenpolitischer Präferenzen staatliches Verhalten bestimmt (vgl. ebd.: 520). Außenpolitisches Verhalten wird demnach nicht allein durch die Umsetzung der eigenen gesellschaftlichen Präferenzen bestimmt, sondern auch durch die Präferenzumsetzung der anderen Staaten: „each state seeks to realize *its* distinctive preferences under varying constraints imposed by the preferences of *other states*. [sic]“ An der Stelle an der diese Präferenzen zueinander kompatibel sind, d.h. die Umsetzung der eigenen Präferenzen nicht zu Lasten der Umsetzung der Präferenzen anderer Staaten geht, ist zwischenstaatliche Kooperation zu erwarten. Wohingegen diese zu negativen Externalitäten führt, sind konfliktive internationale Beziehungen zu erwarten (vgl. ebd.).

Wie Moravcsik selbst schreibt, sind die Grundannahmen seiner liberalen Außenpolitiktheorie noch „relatively thin or content free“ (ebd.: 524), weshalb er drei Varianten entwickelt – *Ideational*, *Commercial* und *Republican Liberalism* – die diese Grundannahmen vor allem im Hinblick auf die Quellen gesellschaftlicher Präferenzen spezifizieren und die kausalen Mechanismen, die zu zwischenstaatlicher Kooperation oder Konflikt führen, offenlegen sollen. Von besonderer Relevanz für diese Arbeit ist hierbei der *Ideational Liberalism*, da dieser den Ausgangspunkt außenpolitischer Präferenzen in der Konfiguration sozialer Identitäten sieht. Identität wird nach Moravcsik definiert als „set of preferences shared by individuals concerning the proper scope and nature of public goods provision“ (ebd.: 525). Nach Moravcsik (ebd.) entscheidet in dieser Variante der liberalen Außenpolitiktheorie die Kompatibilität oder Inkompatibilität identitätsbasierter staatlicher Präferenzen über Konflikt oder Kooperation zwischen Staaten, wobei zwischen drei Hauptquellen ideeller Präferenzen unterschieden werden kann: einer nationalen, einer politischen und einer sozio-ökonomischen Identität. Die nationale Identität umfasst dabei die Präferenzen über den Umfang der eigenen Nation und legt so die legitime Grenzziehung und Verteilung der Staatsbürgerrechte nahe (ebd.: 526). Die exzeptionelle Identität der USA umfasst in diesem Sinne die verschiedenen Interventionsbereitschaften der USA, von einer gering ausgeprägten Bereitschaft des *Seclusive Exceptionalism*, bis zu einer hohen

des *Crusading Exceptionalism*. Der zweiten Grundannahme der liberalen Außenpolitiktheorie von Moravcsik zufolge, handeln politische Institutionen und Entscheidungsträger dann responsiv, wenn ihre Handlungen mit den identitätsbasierten Präferenzen der gesellschaftlichen Akteure und der Öffentlichkeit übereinstimmen (vgl. Moravcsik 2003: 11). Daraus folgt, dass militärische Interventionen aus dieser Perspektive dann mit größtmöglicher öffentlicher Unterstützung rechnen können, wenn diese mit den gesellschaftlichen identitätsbasierten Präferenzen der vier verschiedenen Ausformungen des amerikanischen Exzeptionalismus übereinstimmen.

Wie Moravcsik (vgl. 1997: Fn. 6) einräumt, werden soziale Identitäten erst dann politisch relevant („enter the political realm“), wenn der politische Aushandlungsprozess auf Grundlage dieser Identitäten vollzogen wird, d.h. wenn deren identitätsbasierte Präferenzen Teil des Aushandlungsprozesses werden. Moravcsik blendet damit den sozialkonstruktivistischen Aspekt sozialer Identitäten als Determinante außenpolitischer Präferenzen aus, um den *Ideational Liberalism* mit dem rationalen Verständnis gesellschaftlicher Akteure als *homo oeconomicus* vereinbaren zu können (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: „*Ideational Liberalism*“ nach Moravcsik (Quelle: Eigene Darstellung)

	Konstruktivistische Phase		Rationale Phase	
Identität		Identitätsbasierte Präferenzen		Außenpolitisches Verhalten

Spätestens mit dem „constructivist turn“ der internationalen Beziehungen Mitte der 90er Jahre wurden soziale Identitäten zentrale Kriterien zur Analyse außenpolitischen Verhaltens von Staaten.

Während Identitäten zuvor von den rationalistischen Großtheorien des Neorealismus und des Neoinstitutionalismus weitestgehend ausgeklammert wurden, ging der Konstruktivismus nun davon aus, dass Ideen nicht nur „Ausdruck von Interessen“ sind, sondern „Akteure [...] sich selbst und ihre Interessen erst mit und durch Ideen [konstituieren].“

(Krell 2004: 348). Alexander Wendt (1999: 77f.) bringt diesen Unterschied zwischen kausalen und konstitutiven Theorien wie folgt auf den Punkt: „[C]ausal and constitutive theories simply ask different questions. Causal theories ask ‘why?’ and to some extent ‘how?’ Constitutive theories ask ‘how-possible?’ and ‘what?’“ Während Moravcsik die Antwort auf das Agent-Struktur-Problem¹⁴ in der rationalen Kosten-Nutzen-Abwägung der gesellschaftlichen Akteure, mithin einem Individualismus und exogen vorgegebenen Interessen, sieht, liegt für konstruktivistische Analysen die Antwort in einer gegenseitig konstitutiven Beziehung von Akteur und Struktur, in der Interessen von und durch die Interaktion mit der gesellschaftlichen Umwelt und den kollektiv geteilten Sinn- und Bedeutungsstrukturen entstehen (vgl. Risse 2003: 105f.). Was Staaten tun, wird nicht nur durch rationale Handlungsabwägung und gesellschaftliche Präferenzen bestimmt, sondern auch durch gemeinsames Wissen, kollektiven Bedeutungszuschreibungen von Situationen, Institutionen oder soziale Praktiken (vgl. Adler 1997: 321).

Mit seinem *Ideational Liberalism* deutet Moravcsik eine sozialkonstruktivistische Brücke seiner liberalen Außenpolitiktheorie an und schlägt hierzu eine Variante vor, wie Bedingungen rationalistischer und konstitutiver Ansätze definiert und diese in *einem* Forschungsdesign zur Erklärung außenpolitischen Verhaltens von Staaten verbunden werden können: Durch ein Modell der Arbeitsteilung, Diesem Modell nach analysieren konstruktivistische Ansätze die zeitliche Phase der Identitäts- und Interessenbildung und rationalistische die darauffolgende Phase, in der sich diese als stabil etabliert haben (vgl. Checkel 1998: 346). Die ontologische Kompatibilität von Präferenzen und Identität besteht laut Hopf (1998: 175) darin, „[in] telling who you are, identities strongly imply a particular set of interests or preferences with respect to choices of action in particular domains, and with respect to particular actors.“ Erst die soziale Identität eines Akteurs konstituiert das Selbst und damit den Hintergrund der subjektiven Auswahl der nutzenmaximierenden Handlungsalternative. Der amerikanische Exzeptionalismus in Form seiner Identitätselemente und Teil der kollektiven Identität der USA prägt somit die

¹⁴ Das Agent-Struktur-Problem beschäftigt sich mit der Frage, ob der Akteur oder die ihn umgebende Struktur für sein Handeln verantwortlich ist, wobei das Problem laut Alexander Wendt darin besteht, „that we lack a self-evident way to conceptualize these entities and their relationship.“ (Wendt 1987: 338)

außenpolitischen Präferenzen der USA mit, wie sie sich in den vier von Mead (2002) identifizierten außenpolitischen Traditionen manifestieren (siehe auch Schweigler 1994).

Kollektive Identitäten prägen laut Moravcsik somit zwar das außenpolitische Verhalten eines Staates, aber nur, indem sie als „set of preferences“ (Moravcsik 1997: 525) Teil des gesellschaftspolitischen Aushandlungsprozesses werden. Der analytische Fokus von Moravcsik liegt daher auf der rationalen Phase der Um- und Durchsetzung der identitätsbasierten Präferenzen durch die politischen Institutionen eines Staates. Dieser sowohl konstruktivistisch als auch rationalistisch anmutende Theoriekomplex ist laut Leikert (2010: 38) jedoch „wenig ausgearbeitet“ und auch Hils (2006: 42) kritisiert die unterspezifizierte Ausarbeitung der Beziehung der Rationalitätsannahme Moravcsiks und der Identitätskonstruktion, da seiner Ansicht nach „eine logische Grenze aber dort verlaufen [muss], wo ideologische Präferenzen in dem Sinne irrational sind, dass eine Gesellschaft bereit ist, zu ihrer Durchsetzung hohe politische Risiken einzugehen“, da dies nicht mehr mit der ersten Grundannahme einer im Durchschnitt risikoaversen Gesellschaft vereinbar wäre. Für Böller (2011: 7) ist die Frage nach der Rangfolge von Präferenzen und Identitäten für das außenpolitische Verhalten eines Staates hingegen als zweitrangig anzusehen, da es vor allem auf den intervenierenden Transmissionsriemen und seine konkrete Ausgestaltung als Determinante außenpolitischen Verhaltens ankommt.

Mit seinem *Ideational Liberalism* hat Moravcsik jedoch gezeigt, dass es nicht nur die Ausgestaltung des Transmissionsriemens ist, das außenpolitische Verhalten bestimmt, sondern ebenso sehr soziale Identitäten als Determinanten staatlicher Präferenzen in Frage kommen. Daraus folgt, dass eine risikoaffine Außenpolitik nicht nur Folge einer Degeneration demokratischer Standards oder medialer Manipulation ist, sondern sich auch durch kollektive Identitäten erklären lässt, die hohe politische Risiken für annehmbar hält, sofern diese der Verfolgung als bedeutend eingeschätzter ideeller Präferenzen dienen.

Die vier Typen des amerikanischen Exzeptionalismus dienen aus dieser Perspektive als Determinante außenpolitischer identitätsbasierter Präferenzen der amerikanischen Gesellschaft, die sich in der hohen Interventionsbereitschaft der *Jacksonians* bis zu einer geringen Interventionsbereitschaft der *Jeffersonians* widerspiegeln. Militärische Interventionen oder Nichtinterventionen der USA können aus dieser Sicht mit

größtmöglicher öffentlicher Unterstützung rechnen, wenn sie mit den in der Gesellschaft vorherrschenden identitätsbasierten Präferenzen übereinstimmen und daher gegenüber der Öffentlichkeit und dem Kongress mehrheitsfähig sind. Wenn Moravcsik seine liberalen Annahmen mit der prägnanten Formulierung „what states want is the primary determinant of what they do“ (Moravcsik 1997: 521) zusammenfasst, dann erklärt sein positivistisches Setting zwar das Zustandekommen staatlicher Außenpolitik auf Grundlage einer kausalen Ursache-Wirkung-Beziehung (außenpolitische Präferenzen führen zu außenpolitischem Handeln), bleibt jedoch an entscheidender Stelle blind, nämlich der Frage, auf welcher Basis sich die Präferenzen gebildet oder durchgesetzt haben. Nachdem im ersten Teil dieser Arbeit Licht ins Dunkel dieser Präferenzbildung im Sinne des amerikanischen Exzeptionalismus gebracht wurde, soll nun im Folgenden der *Ideational Liberalism* mit Blick auf den strategischen Aspekt des amerikanischen Exzeptionalismus in Form seiner Legitimationsfunktion konzeptionalisiert werden. Aus rationalistischer Perspektive im Sinne der Arbeitsteilung des *Ideational Liberalism* können die identitätsbasierten Präferenzen der amerikanischen Gesellschaft als gegeben angenommen werden. In einem ersten Schritt werden deshalb die außenpolitischen Einstellungsmuster der amerikanischen Öffentlichkeit hinsichtlich ihrer Interventionsbereitschaft analysiert. In einem zweiten Schritt soll die Frage geklärt werden, wie es der amerikanische Präsident gegenüber dem Kongress und der Öffentlichkeit schafft, interventionistische Präferenzen zu legitimieren und zu befördern.

3.1. *Embedding American Exceptionalism:*

Außenpolitische Einstellungsmuster der amerikanischen Öffentlichkeit als Präferenzanker des amerikanischen Exzeptionalismus

Noch bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhundert war es gängige Sicht der Politikwissenschaft, dass öffentliche Meinung für den außenpolitischen Präferenzbildungsprozess des Staates keine Rolle spielt. Erst mit den massiven Protesten der amerikanischen Öffentlichkeit gegen die Interventionspolitik der Johnson-Administration in Vietnam begann der sogenannte „Cold War Consensus“ zu bröckeln. Die amerikanische Öffentlichkeit zeigte sich uneins über die Wahl der außenpolitischen Mittel

und Ausrichtung der USA. Nicht mehr allein militärische Macht vermochte es die außenpolitischen Interessen der USA umzusetzen. Dies führte zu einer Revision des vorherrschenden politikwissenschaftlichen Paradigmas, wonach die öffentliche Meinung nicht mehr als eine Stimmung sei, die als Grundlage einer fundierten Außenpolitik zu instabil und volatil ist und es ihr einer ideologischen Struktur fehle, die für eine gewisse Kohärenz der öffentlichen Meinung sorgen könne (vgl. Holsti 1992). Vertreter des klassischen Realismus argumentierten, außenpolitische Eliten und Regierungsvertreter seien wesentlich besser als die Öffentlichkeit dazu geeignet, die außenpolitischen Geschicke einer Nation zu leiten. Im Zuge des sich auflösenden „Cold War Consensus“ hatte die Politikwissenschaft deshalb vermehrtes Interesse, den Einfluss und die konkurrierenden Einstellungsmuster der öffentlichen Meinung in den USA zu analysieren.

Wie zahlreiche Studien zeigten, war die öffentliche Meinung in den USA weitaus weniger volatil als angenommen und konnte in verschiedene außenpolitische Einstellungsmuster gruppiert werden (vgl. für eine Übersicht Holsti 1992). Als besonders einflussreich zeigte sich die Unterteilung in die zwei Dimensionen kooperativer Internationalismus und militanter Internationalismus, die von Wittkopf (1990) aus den ersten vier Meinungsumfragen des *Chicago Council on Foreign Relations* (CCFR) induktiv gewonnen wurden. Dabei ist zu beachten, dass diese Einstellungsmuster unabhängig von außenpolitischem Interesse und Wissen sind, die amerikanische Öffentlichkeit also trotz geringer Kenntnis außenpolitischer Geschehnisse dazu in der Lage ist, politisch relevante und kohärente Einstellungsmuster zu bilden (vgl. Wittkopf 1990: 15). Die auch in der Forschung über den amerikanischen Exzeptionalismus oftmals noch gebräuchliche eindimensionale Einteilung außenpolitischer Einstellung in Isolationismus und Internationalismus wird zugunsten einer zweidimensionalen Einteilung internationalistischer Einstellungsmuster aufgegeben. Die von Wittkopf (vgl. 1990: 26) vorgenommene Vier-Felder-Typologie gliedert sich dabei wie folgt: *Internationalists* präferieren ein aktives Engagement der USA in das weltpolitische Geschehen und befürworten sowohl kooperative als auch konfliktive außenpolitische Strategien. Sie kommen den von Walter Russel Mead (2002) identifizierten außenpolitischen Traditionen der *Wilsonians* und *Hamiltonians* am nächsten. *Hardliner* sind ebenfalls wie Internationalisten international ausgerichtet, präferie-

ren jedoch konfliktive Mittel der Außenpolitik. Deren Präferenzen gleichen weitestgehend der außenpolitischen Schule der *Jacksonians*, die eine militärische Vormachtstellung der USA in einer an sich gewalttätigen und anarchischen Welt befürworten. *Accommodationists* hingegen befürworten kooperative Mittel der Außenpolitik und kommen somit den *Wilsonians* am nächsten. *Isolationists* lehnen ein weltpolitisches Engagement der USA weitestgehend ab und stehen somit in der Tradition der *Jeffersonians*, die die Entwicklung der USA und den Schutz der eigenen Demokratie für am meisten erstrebenswert halten. Die von Mead beschriebenen außenpolitischen Traditionen der USA lassen sich somit auch innerhalb der öffentlichen Meinung der USA wiederfinden. Holsti (1992) macht darauf aufmerksam, dass beide von Wittkopf induktiv gewonnenen Dimensionen mit den beiden vorherrschenden Denkansätzen der internationalen Beziehungen weitestgehend deckungsgleich sind, dem Realismus und dem Liberalismus. Wie Vertreter des Realismus, so gehen auch Vertreter des militanten Internationalismus von Annahmen wie dem Nullsummenspiel, dem Sicherheitsdilemma oder relativen Zugewinnen anderer Staaten aus. Vertreter des kooperativen Internationalismus glauben wie Vertreter des Liberalismus hingegen, dass eine Verrechtlichung der internationalen Beziehungen möglich und Konflikt kein unabänderlicher Zustand der internationalen Beziehungen ist (vgl. Holsti 1992: 449). Zur vermuteten Korrelation zwischen außenpolitischen Einstellungsmustern und Ideologie sowie Parteizugehörigkeit stellt Wittkopf fest, dass „throughout the time period conservatives are appropriately described as hardliners and liberals as accomodationists“ und dass „Republicans are consistently the strongest supporters of militant internationalism“ während auf der anderen Seite „Democrats [...] tend to be best characterized either as internationalists or accomodationists.“ (Wittkopf 1990: 34) Auch wenn die von Wittkopf (1990) identifizierten acht Kategorien außenpolitischer Präferenzen aus heutiger Sicht veraltet erscheinen, konnte in neueren Studien seine revidierte Vier-Felder-Typologie durch zusätzliche Präferenzkategorien wie Multilateralismus und Anwendung militärischer Gewalt bestätigt werden (vgl. Wittkopf et al. 2008: 271f.).¹⁵ Vor allem im Hinblick auf die Anwendung militärischer Gewalt

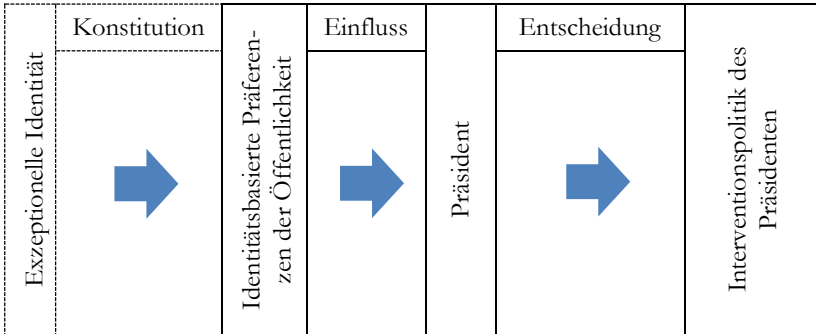
¹⁵ Die acht von Wittkopf (1990) identifizierten außenpolitischen Präferenzkategorien sind: (1) Rolle der USA in der Weltpolitik, (2) Verteidigungsausgaben, (3) Entwicklungshilfe, (4) Interventionen, (5) Terrorismus, (6) Interdependenz, (7) Atomwaffen

zeigt sich die Öffentlichkeit der USA als „pretty prudent“ (vgl. Jentleson 1992). Militärinterventionen finden demnach die Zustimmung der Öffentlichkeit nur, sofern sie der Eindämmung aggressiver Staaten und nicht internen Regimewechseln dienen (vgl. Jentleson/Britton 1998; Oneal et al. 1996). Die außenpolitischen Einstellungsmuster der amerikanischen Öffentlichkeit sind daher neben der Durchsetzungsfähigkeit gesellschaftlicher Gruppen und deren Präferenzen zentrale Analysekrterien, um die außenpolitische Interventionsbereitschaft der USA zu erklären.¹⁶ Laut Graham (1994: 196) steigt mit der quantitativen Einstimmigkeit der öffentlichen Meinung die Chance, dass „this fact will reach decision makers and will be explicitly discussed when issues are decided at the highest level within an administration.“ Die Interventionspolitik der USA als abhängige Variable dieser Arbeit ist aus Sicht des *Ideational Liberalism* das Resultat der durchsetzungsfähigsten gesellschaftlichen identitätsbasierten Präferenzen, wie sie in der quantitativen Ausprägung öffentlicher Einstellungsmuster in Umfragen ermittelt werden können (vgl. Graham 1994). Das außenpolitische Verhalten des Präsidenten als Transmissionsinstanz dieser Präferenzen gründet sich in der zentralen Annahme liberaler Außenpolitiktheorien, wonach politische Entscheidungsträger gesellschaftliche Interessen repräsentieren und angesichts ihrer Wiederwahl ihre außenpolitischen Entscheidungen gemäß den größten gesellschaftlichen Präferenzen ausrichten, d.h. sich gegenüber diesen responsiv verhalten (vgl. Böller 2012: 37). Daraus folgt die politische Notwendigkeit des Präsidenten, nicht entgegen der Mehrheit der öffentlichen Meinung zu entscheiden, sondern diese im außenpolitischen Präferenzbildungsprozess wiederzugeben. Der *Ideational Liberalism* des amerikanischen Exzeptionalismus lässt sich daher wie folgt erweitern (vgl. Tabelle 7).

und nationale Verteidigung und (8) Beziehungen zu kommunistischen Ländern (vgl. Wittkopf 1990: 64-96).

¹⁶ Für Studien zur Erklärung amerikanischer Interventionspolitik auf Basis der durchsetzungsfähigsten gesellschaftlichen Gruppen und deren Präferenzen siehe Western (2002; 2005).

Tabelle 7: Konzeptionalisierung des „Ideational Liberalism“ durch identitätsbasierte Präferenzen der Öffentlichkeit (Quelle: Eigene Darstellung)



3.2. Narrating American Exceptionalism:

Die Konstruktion exzeptioneller Narrative als Legitimationshintergrund präsidentieller Deutungsangebote

Entgegen der im vorigen Kapitel beschriebenen Annahme Jentlesons (vgl. 1992) einer „prudent public“, lassen neuere Forschungsleistungen den Rückschluss zu, dass weite Teile der amerikanischen Öffentlichkeit für politische Rhetorik und präsidentielle Deutungs- und Interpretationsangebote ansprechbar sind. Den Untersuchungen von Drury et al. (2010) zufolge steigt die Zustimmung für Militärinterventionen mit der Klarheit und Deutlichkeit der politischen Erklärungen, d.h., dass das eigentliche Ziel der Militärintervention (Eindämmung oder Regimewechsel) an Erklärungskraft verliert. Die Empfänglichkeit für präsidentielle Deutungsangebote ist dabei vom Grad der politischen Wahrnehmung der einzelnen Individuen abhängig. Dabei gilt, dass diejenigen „who pay little attention to international news are greatly affected by the rhetoric the White House uses to define and explain a military intervention.“ (ebd.: 92). Der Anteil derjenigen, die eine große politische Aufmerksamkeitsspanne und damit eine geringere Anfälligkeit für präsidentielle Deutungsangebote haben, wird auf höchstens ca. ein Viertel der amerikanischen Öffentlichkeit geschätzt (vgl. Graham 1994: 192). Ein Großteil der amerikanischen Öffentlichkeit zeigt sich daher nur als „barely prudent“

gegenüber den Zielen militärischer Interventionen und damit offen gegenüber präsidentiellen Legitimations- und Deutungsangeboten. Vor dem Hintergrund zunehmender Individualisierung und Unabhängigkeit politischer Entscheidungsträger von politischen Institutionen kann der Präsident sich diese für politische Rhetorik ansprechbare Gruppe zunutze machen und vermittels präsidentieller Deutungs- und Legitimationsangebote die öffentliche Meinung zu seinen Gunsten mobilisieren (vgl. Kernell 1997). Präsidentielle Rhetorik und die Mobilisierung der Öffentlichkeit werden damit zur zentralen Fähigkeit und Machtressource des Präsidenten (vgl. Ceaser et al. 1981).

Im Vordergrund präsidentieller Legitimations- und Deutungsangebote steht jedoch nicht die Manipulation oder der Wandel öffentlicher Einstellungsmuster der amerikanischen Öffentlichkeit, sondern die Mobilisierung bestimmter Einstellungsmuster gegenüber anderen. Mit der politischen Ansprechbarkeit weiter Teile der amerikanischen Öffentlichkeit bietet sich somit dem Präsidenten die Möglichkeit, interventionistische Präferenzen als legitim erscheinen zu lassen und als mehrheitsfähig zu etablieren. Der Präsident kann somit sowohl strategisch auf die Öffentlichkeit einwirken, ist aber auch selbst wiederum an diese rückgekoppelt, d.h. reagiert gegenüber dieser responsiv (vgl. Baum 2004: 191). Die öffentliche Meinung über den Einsatz militärischer Gewalt wird für den Präsidenten jedoch erst über einen längeren Zeitraum relevant, da die kurzfristige öffentliche Zustimmung oder Ablehnung im Vergleich zur längerfristigen eine erhöhte Volatilität aufweist und damit für den Präsidenten von geringerer Relevanz im politischen Entscheidungsprozess ist (vgl. ebd.: 193). Beim Einsatz militärischer Gewalt kommt es daher vor allem auf die längerfristige Anerkennung der Legitimation der Entscheidung an. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass selbst den populärsten Präsidenten eine Mobilisierung der Öffentlichkeit nur begrenzt möglich ist. Effektive politische Kommunikation erfordert daher die Übereinstimmung des in den präsidentiellen Deutungs- und Legitimationsangeboten benutzten Vokabulars mit den in der Öffentlichkeit bestehenden Einstellungsmustern (vgl. Graham 1994.: 199). Es bleibt somit jedoch weiterhin die Frage offen, wie der Präsident die Öffentlichkeit zu seinen Gunsten mobilisieren kann und welche Rolle dabei der amerikanische Exzeptionalismus spielt.

Die Antwort auf diese Frage ist vor allem in der Funktion politischer Narrative zu finden. Die Bedeutung von Narrativen zur Mobilisierung





der Öffentlichkeit wurde besonders im Feld der interpretativen Policy-Forschung erkannt. Diese geht im Sinne des Sozialkonstruktivismus davon aus, dass die politische Wirklichkeit diskursiv konstruiert und Politik ein Kampf um Bedeutung und Ideen ist (vgl. Münch 2016: 3). Mit dem *Narrative Policy Framework* (NPF) wurde erstmals ein kohärentes Modell geschaffen, das die Rolle von Narrativen in der Umsetzung, Durchsetzung und Ausgestaltung von *policies* zu untersuchen vermag (vgl. Jones & McBeth 2010; McBeth et al. 2014). Dem NPF zufolge spiegeln Narrative Politikpräferenzen wider und helfen dabei, die Öffentlichkeit und politische Entscheidungsträger zu beeinflussen (vgl. McBeth et al. 2014: 241). In der Außenpolitikforschung hat sich hierzu vor allem der Begriff der „strategic narratives“ durchgesetzt, die der Überzeugung und Mobilisierung der Öffentlichkeit von bestimmten Präferenzen dienen (vgl. De Graaf et al. 2015; Miskimmon et al. 2013). Zentrales Element narrativer Konstruktionen ist dabei das *Emplotment*, also „die Herstellung einer sequentiellen Ordnung“, die „ein Sachverhalt als eine Aufeinanderfolge von Ereignissen oder Erscheinungen porträtiert“ (Münch 2016: 84). Narrative des amerikanischen Exzeptionalismus schaffen somit eine in sich stimmige Erzählung der Exzeptionalität der USA, die ansonsten unzusammenhängende Ereignisse aus der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft miteinander verknüpft und so einen kohärenten Gesamtzusammenhang bildet, durch den die Exzeptionalität der USA verstanden werden kann (vgl. De Graaf 2015: 8; Münch 2016: 86). Exzeptionelle Narrative bilden daher einen ideationalen Resonanz- und Legitimationshintergrund für die präsidentiellen Deutungs- und Interpretationsangebote des Präsidenten. Gemäß der zweiten Grundannahme des *Ideational Liberalism*, wonach „social actors provide support to the government in exchange for institutions that accord with their identity-based preferences“ (Moravcsik 1997: 525), verhält sich der Präsident demnach responsiv, wenn er die Narrative des amerikanischen Exzeptionalismus an den Präferenzen der amerikanischen Öffentlichkeit ausrichtet. Da der *Ideational Liberalism* den gesellschaftlichen Akteuren ein rationales Kosten-Nutzen-Kalkül unterstellt, ist davon auszugehen, dass der amerikanische Präsident Narrative des amerikanischen Exzeptionalismus nicht entgegen den gesellschaftlichen Anforderungen konstruiert, d.h. dass er die narrative Konstruktion strategisch an den in der Gesellschaft vorherrschenden außenpolitischen Präferenzen der USA ausrichtet. Für Barack Obama wäre es gegenüber einer mehrheitlich anti-interventionistisch

eingestellten Öffentlichkeit kontraproduktiv, die Exzeptionalität der USA als *Crusading* zu konstruieren, da dieses die aktive missionarische Selbstzuweisung der amerikanischen Nation, mithin eine interventionistische Außenpolitik, betont, bzw. legitimiert. Für George W. Bush wäre es hingegen kontraproduktiv gewesen, nach den Anschlägen vom 11. September und einer größtenteils interventionistischen Grundorientierung der amerikanischen Gesellschaft den amerikanischen Exzeptionalismus als *Seclusive* zu thematisieren. Narrative des amerikanischen Exzeptionalismus nehmen somit eine besondere Stellung ein, da sie als Hintergrund außenpolitischer Deutungs- und Interpretationsangebote des Präsidenten fungieren und diese gegenüber der Öffentlichkeit als legitim erscheinen lassen, je kongruenter sie miteinander sind. Die im zweiten Kapitel dieser Arbeit identifizierten Elemente des amerikanischen Exzeptionalismus zur Legitimation amerikanischer Außenpolitik bilden die Grundlage dieser Narrative und werden in diesen durch den Präsidenten strategisch eingebettet. Das vom Präsidenten strategisch geschaffene Narrativ des amerikanischen Exzeptionalismus legitimiert somit auf der einen Seite das vom Präsidenten angebotene außenpolitische Deutungsmuster je kongruenter es mit diesem ist, und wirkt auf der anderen Seite wiederum beschränkend auf dieses ein, da es mit dem vom Narrativ vorgegebenen *Emplotment* kongruent sein muss, um als legitim wahrgenommen zu werden.

Dem *cascading activation model* von Robert M. Entman (2004) zufolge, geschieht das „Framen“ außenpolitisch relevanter Ereignisse durch „selecting and highlighting some facets of events or issues, and making connections among them so as to promote a particular interpretation, evaluation, and/or solution.“ (Entman 2004: 5) Die wissenschaftlichen Ursprünge von Frames liegen dabei in der kognitiven Psychologie und werden definiert als apriorische Deutungsrahmen des menschlichen Wahrnehmungsprozesses (vgl. Donati 2001: 149). Übertragen auf das Feld der Außenpolitik bedeutet das, dass außenpolitische Ereignisse bereits während ihrer Wahrnehmung durch kategoriale Muster präfiguriert, d.h. mit einem gemeinsamen Deutungsrahmen versehen werden. Entman bezeichnet diesen kognitiven Prozess als Schema und Frames als Texte, die aus kulturell salienten Worten und Bildern bestehen, die für Unterstützung oder Opposition für eine bestimmte Politik sorgen sollen (vgl. Entman: 6f.). Diese können an ihrer „cultural resonance“ und ihrer „magnitude“ gemessen werden, d.h. je kulturell bedeutsamer und bekannter und

je öfter die den Frame transportierenden Worte und Bilder wiederholt werden, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die gewünschten Gedanken und Gefühle bei den Adressaten evoziert werden (vgl. ebd.). Dabei gilt, dass je kongruenter ein Frame mit kulturell salienten und gewohnheitsmäßig genutzten Worten und Bildern ist, desto erfolgreicher wird dieser sein (ebd.: 14). Laut Edwards (vgl. 2009: 61) ist es für den Präsidenten hingegen unwahrscheinlich, bereits bestehende Einstellungsmuster der Öffentlichkeit zu ändern und diese von der Präferenz des Präsidenten zu überzeugen. Durch das *framen* außenpolitisch relevanter Ereignisse durch den Präsidenten ist es jedoch möglich, „to influence the public’s understanding of what issues are about and the questions it asks about them as it evaluates the president’s positions.“ (ebd.: 62) Ziel des präsidentiellen *Framings* ist es, vor dem Hintergrund exzeptioneller Narrative und den darin enthaltenen Elementen des amerikanischen Exzeptionalismus ein als legitim erachtetes Deutungsmuster zu etablieren, das die Öffentlichkeit zu mobilisieren und die außenpolitischen Präferenzen des Präsidenten gegenüber dem Kongress zu befördern vermag. Der *Ideational Liberalism* von Andrew Moravcsik muss hier somit um den Faktor der politischen Kommunikation ergänzt werden, vor dessen Hintergrund die Einstellungsmuster der amerikanischen Öffentlichkeit als mobilisier- und ansprechbar gehalten werden können. Die Mobilisierungsleistung präsidentieller *Frames* hängt dabei davon ab, ob sie eine „particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation“ beinhalten (Entman 1993: 52). Übertragen auf das in dieser Arbeit verfolgte Ziel einer Analyse amerikanischer Interventionspolitik im Kontext des amerikanischen Exzeptionalismus bedeutet dies, dass der Präsident als *Strategic Narrator* exzeptionelle Elemente narrativ aktivieren, d.h. in einen in sich stimmigen Erzählstrang des amerikanischen Exzeptionalismus einbetten und mit seinem außenpolitischen Deutungsangebot verknüpfen kann, um so seine politischen Absichten gegenüber dem Kongress und der amerikanischen Öffentlichkeit zu befördern. Öffentliche Mobilisierung wird somit zum rationalen Prozess instrumenteller Framingstrategien, die im Rahmen exzeptioneller Narrative von der Öffentlichkeit als legitim erachtet werden. Der *Ideational Liberalism* lässt sich deshalb wie folgt durch die hier getroffenen Annahmen öffentlicher Mobilisierung erweitern (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8: Konzeptionalisierung des „Ideational Liberalism“ durch Mobilisierung der Öffentlichkeit durch den Präsidenten (Quelle: Eigene Darstellung)

Exzeptionelle Identität	Konstitution	Identitätsbasierte Präferenzen der Öffentlichkeit	Einfluss	Präsident als <i>Strategic Narrator</i>	Entscheidung	Interventionspolitik des Präsidenten	
							
			Mobilisierung				

4. *A Propensity to Crusade?*

Die Interventionspolitik der USA als Funktion exzeptioneller identitätsbasierter gesellschaftlicher Präferenzen und institutioneller Transmissionsprozesse

Wie gezeigt wurde, kommt dem amerikanischen Exzeptionalismus als Missionsgedanke zwei Funktionen zu. *Erstens* diente er seit Bestehen der Vereinigten Staaten politischen Entscheidungsträgern, vor allem dem Präsidenten, als narrative Legitimationsgrundlage zur Beförderung außenpolitischer Präferenzen, und *zweitens* fand die stete Nutzung exzeptioneller Elemente Einzug in die kollektive Identität der USA. Der amerikanische Exzeptionalismus als Teil der nationalen Identität der USA konstituierte damit die außenpolitischen Präferenzen der USA, die sich wiederum in den von Mead (2002) identifizierten außenpolitischen Traditionen manifestierten. Als Woodrow Wilson nach Ende des Ersten Weltkrieges seine Präferenz dem Völkerbund beizutreten mit Verweis auf die USA als beispielhafte Nation begründete, legte er trotz Scheitern seiner Aspirationen den Grundstein einer amerikanischen außenpolitischen Identität als *Cooperative Exceptionalism*, die ihren Missionsgedanken kooperativ durch die Unterstützung internationaler Institutionen umzusetzen versucht.

Der amerikanische Exzeptionalismus ist somit nicht nur Bestandteil politischen „cheap talk“, sondern war in der Geschichte der USA im Wechselspiel zwischen politischem Diskurs, Außenpolitik und nationaler Identität das entscheidende Element. Die Verwirklichung des Missionsgedankens der USA kann dabei in die beiden Dimensionen exemplarisch und missionarisch unterteilt werden, deren Elemente im politischen Diskurs der USA entweder aktiv oder inaktiv sind. Die resultierende Vierfelder-Matrix (vgl. Tabelle 1, S. 9) erlaubt die Bildung vier Idealtypen des amerikanischen Exzeptionalismus, die zur weiteren Ordnung des amerikanischen Missionsgedankens und der Erklärung amerikanischer Interventionsbereitschaft beitragen. Die Idealtypen spielen in ihrer Funktion als Konglomerat verschiedener exzeptioneller Elemente sowohl eine

strategische Rolle, indem sie als Legitimationsgrundlage unterschiedliche außenpolitische Präferenzen befördern, als auch eine konstitutive Rolle, indem sie als Teil der nationalen Identität die außenpolitischen Präferenzen der USA begründen.

Der Typus amerikanischer Exzeptionalität mit der geringsten Ausprägung eines Missionsgedankens ist dabei der *Reluctant Exceptionalism*, der mit der außenpolitischen Tradition der *Hamiltonians* korrespondiert. Sowohl exemplarische als auch missionarische Elemente sind hier als inaktiv gekennzeichnet. Für *Hamiltonians* steht deshalb nicht die Verwirklichung der amerikanischen Mission im Vordergrund, sondern die nationale und wirtschaftliche Prosperität der Vereinigten Staaten. Die Präferenzen dieser außenpolitischen Grundorientierung sind ganz auf den Erhalt und den Ausbau einer globalen Ordnung gerichtet, die dem nationalen „well being“ der USA dienen soll. Militärische Gewalt ist aus Sicht der *Hamiltonians* dann als legitim anzusehen, wenn es den nationalen Interessen der USA im Sinne ihrer wirtschaftlichen Prosperität dient. Als modernes Beispiel der Umsetzung dieser identitätsbasierten Präferenzen kann die UN-mandatierte Intervention amerikanischer Streitkräfte in Kuwait und dem Irak gesehen werden, mit der George H. W. Bush die rationalen, an der wirtschaftlichen Prosperität orientierten Präferenzen der amerikanischen Gesellschaft umzusetzen versuchte.

Als zweiter Typus des amerikanischen Exzeptionalismus konnte der *Seclusive Exceptionalism* festgestellt werden, der mit der außenpolitischen Tradition der *Jeffersonians* korrespondiert. Der außenpolitische Fokus der *Jeffersonians* liegt dabei auf der passiven Ausstrahlung der USA durch Erhalt und Pflege des demokratischen Charakters, weshalb exemplarische Elemente des Missionsgedankens aktive Verwendung bei Vertretern dieser Tradition finden. Diese oftmals als isolationistisch missverstandene Außenpolitik ist vor allem durch die Auswahl kostensensitiver und zurückhaltender außenpolitischer Strategien gekennzeichnet. Der Einsatz militärischer Gewalt ist aus Sicht des *Seclusive Exceptionalism* nur dann als legitim anzusehen, wenn die Umsetzung des nationalen Missionsgedankens im Innern der USA direkt bedroht ist. Als Barack Obama 2008 zum 44. Präsidenten der USA gewählt wurde, bemühte er vor allem exzeptionelle Elemente des *Seclusive Exceptionalism*, um die seit den Interventionen in Afghanistan und Irak gewandelten kostensensitiven Präferenzen der amerikanischen Gesellschaft zu befördern. Mit den Interventionen in Li-

byen 2011 und gegen den Islamischen Staat 2014/15 setzte Obama jedoch interventionistische Außenpolitiken durch, für die er die amerikanische Öffentlichkeit erst mobilisieren musste. Möglich wurde dies durch präsidentielle Interpretationsangebote der politischen Ereignisse, die vor dem Hintergrund exzeptioneller Elemente der exemplarischen und der missionarischen Selbstzuschreibung der USA von der amerikanischen Öffentlichkeit als ausreichend legitim wahrgenommen wurden, so dass der gesellschaftliche Druck auf den Kongress unterhalb der erforderlichen Schwelle blieb, seine verfassungsrechtlichen *war powers* einzusetzen. Die Rhetorik und Außenpolitik Barack Obamas lässt sicher daher als Schnittstelle zwischen den beiden Idealtypen des *Seclusive* und des *Cooperative Exceptionalism* einordnen.

Der amerikanische Exzeptionalismus des *Crusading Exceptionalism* zeigt sich demgegenüber als grundsätzlich interventionsaffin. Die mit diesem Typus korrespondierende außenpolitische Tradition der *Jacksonians* betrachtet, ausgehend von einem ausgeprägten Gemeinschaftsgefühl, die Welt als grundsätzlich anarchisch. Militärische Gewalt scheint aus dieser Sicht als legitimes Mittel, die Welt von den exzeptionellen Werten der USA nicht nur zu überzeugen, sondern aktiv zu bekehren. Politisch legitimiert wurden diese Präferenzen vor allem durch missionarische Elemente des amerikanischen Missionsgedankens, wohingegen exemplarische Elemente weitestgehend inaktiv waren. Die Interventionspolitik George W. Bushs kann als Prototyp des *Crusading Exceptionalism* gelten, der mit exzeptionellen Elementen wie dem Auftrags- oder dem Superioritätselement die militanten Präferenzen der amerikanischen Gesellschaft nach den Anschlägen vom 11. September zu transportieren vermochte. Mit Abnahme der interventionistischen Grundorientierung der amerikanischen Gesellschaft konnten diese die zunehmend kostensensitiven Präferenzen der Öffentlichkeit jedoch nicht mehr wirkungsvoll befördern.

Als vierter und letzter Typus des amerikanischen Exzeptionalismus wurde in dieser Arbeit der *Cooperative Exceptionalism* identifiziert, der eine kooperative Umsetzung des amerikanischen Missionsgedankens forciert. Hohe kulturelle Kongruenz zeigte dieser Typus mit der außenpolitischen Tradition der *Wilsonians*, die eine demokratische Friedensordnung als nationales Interesse der USA betrachten und ihre Präferenzen mit exemplarischen und missionarischen Elementen zu befördern versuchen. Die Umsetzung dieser außenpolitischen Präferenzen manifestiert sich bei

den *Wilsonians* in einer kooperativen Außenpolitik, die vor allem die Verteidigung der liberalen Grundwerte der USA zum Ziel hat. Die Interventionspolitik Bill Clintons in Haiti 1994 und seine Unterstützung humanitärer Ideale zeigt große Ähnlichkeit mit dieser außenpolitischen Tradition, die er gegenüber der amerikanischen Gesellschaft mit Elementen des *Cooperative Exceptionalism* legitimierte. Trotz des kooperativen Grundtenors sind mit der missionarischen Dimension des amerikanischen Exzeptionalismus auch Elemente aktiv, die militärische Gewalt bei bestimmten außenpolitischen Ereignissen als legitim erscheinen lassen. Mit den humanitären Interventionen der USA in Somalia, Haiti und den Balkankriegen konnte Clinton Mitte und Ende der 90er Jahr an diese interventionistischen Präferenzen anschließen.

Gerade aus Sicht der Theorie des Demokratischen Friedens sind diese Befunde von besonderer Relevanz, da angenommen wird, dass Demokratien an sich friedfertiger seien als andere Regierungssysteme.¹⁷ Müller (vgl. 2002: 53) geht davon aus, dass die moralische Abneigung Menschen zu töten und die friedlichen gesellschaftlichen und politischen Konfliktlösungsmechanismen sich im Außenverhalten von Demokratien widerspiegeln. Die kulturelle *Gewaltabneigung* von Demokratien erklärt sich somit durch deren Internalisierung in der kollektiven nationalen Identität, die im Zuge der Angemessenheitslogik angemessenes und richtiges außenpolitisches Verhalten des Staates vorschreibt. Im Zuge der Debatte über die kulturelle *Gewaltneigung* der USA kann somit argumentiert werden, dass der amerikanische Exzeptionalismus als Teil der kollektiven Identität der USA interventionistische Präferenzen geprägt hat. Die Interventionspolitik der USA mit Verweis auf den amerikanischen Exzeptionalismus zu begründen, greift jedoch zu kurz. Sie lässt außer Acht, dass der amerikanische Exzeptionalismus nicht nur eine interventionistische, sondern auch eine exemplarische Dimension aufweist und dass es in der Geschichte der USA Phasen sowohl hoher als auch niedriger Interventionsbereitschaften gegeben hat. Aus diesem Grund ist es aus-

¹⁷ Die Unterscheidung zwischen monadischer und dyadischer Variante der Theorie des Demokratischen Friedens ist hier nicht von Relevanz, da wie Müller (2002: 48) gezeigt hat, sich die beiden Varianten „auf gleiche oder ähnliche Annahmen über die Kausalmechanismen, die von den politischen Strukturen zu dem unterstellten Außenverhalten führen“ stützen.

schlaggebend, auch den institutionellen und gesellschaftlichen Aushandlungsprozess der exzeptionellen identitätsbasierten Präferenzen aufzuzeigen. Als Grundlage wurde hier der *Ideational Liberalism* als ideationale Variante der liberalen Außenpolitiktheorie von Andrew Moravcsik (1997) gewählt, der als Grundlage außenpolitischer Präferenzen der Gesellschaft soziale Identitäten ausmacht. Der amerikanische Exzeptionalismus als Teil der kollektiven Identität wird somit zum Ausgangspunkt außenpolitischer Präferenzen der USA, denen gegenüber sich der Präsident als einer der beiden Transmissionsriemen im amerikanischen politischen System gemäß der zweiten Grundannahme Moravcsiks (vgl. 1997: 525) responsiv zeigt. Da mit Ausnahme des *Crusading Exceptionalism* und der korrespondierenden außenpolitischen Tradition der *Jacksonians*, bzw. dem außenpolitischen Einstellungsmuster der *Hardliner*, alle Typen des amerikanischen Exzeptionalismus eher risikoaverse und kostensensitive Außenpolitiken präferieren, muss der Präsident, möchte er eine eher risikoaffine Außenpolitik verfolgen, die außenpolitischen Ereignisse gemäß eines Deutungsrahmens („Frame“) repräsentieren, der vor dem Hintergrund des mehrheitsfähigen exzeptionellen Narratives als legitim erachtet wird.

Hier ist festzuhalten, dass Narrative des amerikanischen Exzeptionalismus für den Präsidenten geeignetes Mittel sind, seine außenpolitischen Interpretations- und Deutungsangebote zu legitimieren und die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Das Postulat der Theorie des demokratischen Friedens, wonach der demokratische Bürger „an Krieg und außenpolitischer Gewaltanwendung nicht interessiert“ ist und „zur Teilnahme an beiden künstlich motiviert werden [muss]“ (Czempiel 1996: 90), erodiert im Fall des amerikanischen Exzeptionalismus somit doppelt. Zum einen, da dieser militante außenpolitische Präferenzen der amerikanischen Gesellschaft hervorgebracht hat, zum anderen, da er als strategisches Narrativ des Präsidenten die Öffentlichkeit zu mobilisieren vermag. Dem Präsidenten als „Chef“ der Exekutive und prioritärer Akteur außenpolitischer Interventionspolitik bietet sich somit die Möglichkeit, als *Strategic Narrator* vor dem Hintergrund geteilter *war powers* die von ihm präferierten Präferenzen gegenüber dem Kongress zu befördern und seinen exekutiven Gestaltungsspielraum zu vergrößern. Als Agent gesellschaftlicher Präferenzen ist er jedoch im Sinne der liberalen Außenpolitiktheorie in seinen Entscheidungen an die öffentliche Meinung rückgekoppelt. Die unilaterale Umsetzung präsidentieller Präferenzen ist im demokratischen

System der USA deshalb mit großen elektoralen Kosten verbunden, die der Präsident als gewählter Repräsentant zu vermeiden sucht. Gerade aus Sicht der Theorie des Demokratischen Friedens wird die Mobilisierung der Öffentlichkeit deshalb zum Schlüssel zur Erklärung der Interventionspolitik der Vereinigten Staaten. Der amerikanische Exzeptionalismus bietet dem Präsidenten einen narrativen Legitimationshintergrund für dessen Interpretations- und Deutungsangebote, die er so gegenüber der Öffentlichkeit und dem Kongress befördern kann. Der *Ideational Liberalism* von Moravcsik nimmt die Doppelfunktion des amerikanischen Exzeptionalismus auf, wobei er im Rahmen seiner rationalistischen Grundannahme den Fokus auf die Um- und Durchsetzung der ideationalen identitätsbasierten Präferenzen legt.

Es wurde argumentiert, dass der amerikanische Exzeptionalismus als strategisches Narrativ nicht nur zur Überwindung risikoaverser Präferenzen der Öffentlichkeit dient, sondern auch als Teil der kollektiven Identität der USA risikoaffine Präferenzen konstituiert. Die Studie soll jedoch nicht als Bestätigung der in der Politikwissenschaft vielfach geteilten Annahme einer militanten Gesellschaft der USA verstanden werden. Wie gezeigt, existieren mit den Typen des *Seclusive Exceptionalism* und des *Cooperative Exceptionalism* zwei Ausformungen des amerikanischen Exzeptionalismus, die risikoaverse außenpolitische Strategien präferieren, bzw. konstituieren. Der historische explorative Längsschnitt amerikanischer Interventionspolitiken seit Ende des Ost-West-Konfliktes hat hingegen gezeigt, dass alle vier Typen des amerikanischen Exzeptionalismus als Katalysator interventionistischer Außenpolitiken in Frage kommen. Als intervenierende Variable zeigt sich hierbei das präsidentielle Framing und Narrativ des amerikanischen Exzeptionalismus zur Mobilisierung der Öffentlichkeit. Differenzierte empirische Untersuchungen sind nötig, um die in dieser Studie theoretisch erarbeiteten Grundlagen zu testen. Es zeigt sich, dass der amerikanische Exzeptionalismus als Missionsgedanke für eine monokausale Erklärung amerikanischer Außenpolitik ebenso wenig in Frage kommt, wie damit die Varianz des außenpolitischen Verhaltens und der Interventionspolitik erklärt werden kann. Als legitimierendes Narrativ und in Form von Identitätselementen wird jedoch das Potential des amerikanischen Exzeptionalismus deutlich, die Mobilisierung der amerikanischen Öffentlichkeit vor dem Hintergrund interventionistischer Präferenzen der Gesellschaft zu erklären.

Quellen und Literatur

Primärliteratur

- Adams, John Quincy (1821): Speech to the U.S. House of Representatives on Foreign Policy. <http://millercenter.org/president/speeches/speech-3484> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Bush, George H. W. (1989): Address on Administration Goals Before a Joint Session of Congress. <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=16660> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Bush, George H. W. (1990): Address Before a Joint Session of the Congress on the Persian Gulf Crisis and the Federal Budget Deficit. <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=18820> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Bush, George H. W. (1990): Address on Iraq's Invasion of Kuwait. <http://millercenter.org/president/bush/speeches/speech-5529> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Bush, George W. (2001): Address to the Nation. <http://www.americanrhetoric.com/speeches/gwbush911addresstothetnation.htm> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Bush, George W. (2002): State of the Union Address. <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Bush, George W. (2003): Bush on Iraq. http://www.washingtonpost.com/wp-srv/onpolitics/transcripts/bushtext_031703.html (aufgerufen am 11.04.2016).
- Bush, George W. (2004): State of the Union Address. http://www.washingtonpost.com/wp-srv/politics/transcripts/bushtext_012004.html (aufgerufen am 11.04.2016).
- Clinton, Bill (1993): Inaugural Address. <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=46366> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Clinton, Bill (1994): Address to the Nation on Haiti. <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=49093> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Clinton, Bill (1995): Speech on Bosnia. http://edition.cnn.com/US/9511/bosnia_speech/speech.html (aufgerufen am 11.04.2016).
- Declaration of Independence (1776). http://www.archives.gov/exhibits/charter/declaration_transcript.html (aufgerufen am 11.04.2016).

- Gallup Historical Trends (2016): Afghanistan.
<http://www.gallup.com/poll/116233/afghanistan.aspx> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Gallup Historical Trends (2016): Iraq.
<http://www.gallup.com/poll/1633/iraq.aspx> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Jackson, Andrew (1830): Speech to Congress on Indian Removal.
http://www.nps.gov/museum/tmc/MANZ/handouts/Andrew_Jackson_Annual_Message.pdf (aufgerufen am 11.04.2016).
- Jefferson, Thomas (1801): Inaugural Address. http://avalon.law.yale.edu/19th_century/jefinau1.asp (aufgerufen am 11.04.2016).
- Jefferson, Thomas (1805): Inaugural Address. http://avalon.law.yale.edu/19th_century/jefinau2.asp (aufgerufen am 11.04.2016).
- Monroe, James (1823): Seventh Annual Message. <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=29465> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Obama, Barack (2009a): The President's News Conference in Strasbourg.
<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=85959&st=american+exceptionalism&st1> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Obama, Barack (2009b): Remarks by the President in Address to the Nation on the Way Forward in Afghanistan and Pakistan. <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-address-nation-way-forward-afghanistan-and-pakistan> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Obama, Barack (2010): Remarks by the President in Address to the Nation on the End of Combat Operations in Iraq. <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2010/08/31/remarks-president-address-nation-end-combat-operations-iraq> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Obama, Barack (2011): Remarks by the President on the Situation in Libya. <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/03/18/remarks-president-situation-libya> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Obama, Barack (2013): Remarks by the President at the National Defense University. <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/05/23/remarks-president-national-defense-university> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Obama, Barack (2015): Remarks by the President in State of the Union Address. <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2015/01/20/remarks-president-state-union-address-january-20-2015> (aufgerufen am 11.04.2016).
- O'Sullivan, John (1845): Annexation. In: *United States Magazine and Democratic Review* 17 (1), S. 5–10.
- Roosevelt, Theodore (1904): Fourth Annual Message. <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=29545> (aufgerufen am 11.04.2016).

- Stiles, Ezra (1783): *The United States Elevated to Glory and Honor*. New Haven: Green.
- Strong, Josiah (1885): *Our Country – Its Possible Future and its Present Crisis*. New York: Baker & Taylor.
- Washington, George (1789): Inaugural Address. http://www.archives.gov/exhibits/american_originals/inaugtxt.html (aufgerufen am 11.04.2016).
- Wilson, Woodrow (1917): Joint Address to Congress Leading to a Declaration of War Against Germany. <http://www.archives.gov/historical-docs/todays-doc/?dod-date=402> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Wilson, Woodrow (1920): Text of Wilson Appeal for League of Nations. In: *New York Times*, 1920. <http://query.nytimes.com/mem/archive-free/pdf?res=9B07E1D71F31E433A25757C0A9669D946195D6CF> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Winthrop, John (1630): A Model of Christian Charity. http://winthropsociety.com/doc_charity.php (aufgerufen am 11.04.2016).

Sekundärliteratur

- Adler, Emanuel (1997): Seizing the Middle Ground: Constructivism in World Politics. In: *European Journal of International Relations* 3 (3), S. 319–363.
- Adler, William H. (2013): The Historical Presidency. “Generalissimo of the Nation”: War Making and the Presidency in the Early Republic. In: *Presidential Studies Quarterly* 43 (2), S. 412–426.
- Baum, Matthew A. (2004): How Public Opinion Constrains the Use of Force: The Case of Operation Restore Hope. In: *Presidential Studies Quarterly* 34 (2), S. 187–226.
- Bienen, Derk; Corinna, Freund; Rittberger, Volker (1999): Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus (Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung, 33).
- Boekle, Henning; Nadoll, Jörg; Stahl, Bernhard (2001): Nationale Identität, Diskursanalyse und Außenpolitikforschung: Herausforderungen und Hypothesen (PAFE-Arbeitspapier, 4).
- Böller, Florian (2011): Varianz demokratischer Außenpolitik: Deutsche und amerikanische Politik im Vorfeld des Irakkriegs 2003. *Kaiserslautern (Kaiserslautern Occasional Papers in Political Science, 4)*.
- Böller, Florian (2012): Responsive Politics or Presidential Leadership? Die Rolle der öffentlichen Meinung. In: Jochen Hils, Jürgen Wilzewski und Wolf Reinhard (Hg.): *Assertive Multilateralism and Preventive War*. Die Außen- und

- Weltordnungspolitik der USA von Clinton zu Obama aus theoretischer Sicht. Baden-Baden: Nomos, S. 33–56.
- Böller, Florian (2014): Selbstbehauptung versus Unterordnung. Der US-Kongress und die demokratische Kontrolle der militärischen Interventionspolitik seit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Baden-Baden: Nomos.
- Ceaser, James W. (2012): The Origins and Character of American Exceptionalism. In: *American Political Thought* 1 (1), S. 1–25.
- Ceaser, James W.; Thurow, Glen E.; Tulis, Jeffrey; Bessette, Joseph M. (1981): The Rise of the Rhetorical Presidency. In: *Presidential Studies Quarterly* 11 (2), S. 158–171.
- Checkel, Jeffrey T. (1998): The constructivist turn in international relations theory. In: *World Politics* 50 (2), S. 324–348.
- Chicago Council on Global Affairs (2012): Foreign Policy in the new Millennium. Results of the 2012 Chicago Council Survey of American Public Opinion and U.S. Foreign Policy. http://www.thechicagocouncil.org/sites/default/files/2012_CCS_Report.pdf. (aufgerufen am 11.04.2016).
- Chittick, William O. (2006): American Foreign Policy. A Framework for Analysis. Washington, DC: CQ Press.
- Choi, Seung-Whan; James, Patrick (2014): Why Does the United States Intervene Abroad? Democracy, Human Rights Violations, and Terrorism. In: *Journal of Conflict Resolution*, S. 1–28.
- Cooper Drury, A.; Marvin Overby, L.; Ang, A.; Yitan Li (2010): "Pretty Prudent" or Rhetorically Responsive? The American Public's Support for Military Action. In: *Political Research Quarterly* 63 (1), S. 83–96.
- Czempiel, Ernst-Otto (1996): Kants Theorem. Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich? In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3 (1), S. 79–101.
- Czempiel, Ernst-Otto (2002): Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen. München: Beck.
- Dembinski, Matthias (2002): Unilateralismus versus Multilateralismus. Die USA und das spannungsreiche Verhältnis zwischen Demokratie und Internationaler Organisation. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK-Report, 4/2002).
- Deudney, Daniel; Meiser, Jeffrey (2008): American exceptionalism. In: Michael Cox und Doug Stokes (Hg.): *US Foreign Policy*. 2. Aufl. Oxford: Oxford University Press, S. 21–39.

- Donati, Paolo R. (2001): Die Rahmenanalyse politischer Diskurse. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider und Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Opladen: Leske + Budrich, S. 145–175.
- Dreisbach, Daniel L. (2013): A Peculiar People in "God's American Israel". Religion and American National Identity. In: Charles W. Dunn (Hg.): American Exceptionalism. The Origins, History, and Future of the Nation's Greatest Strength. New York: Rowman & Littlefield, S. 55–75.
- Drezner, Daniel W. (2011): Does Obama Have a Grand Strategy? Why We Need Doctrines in Uncertain Times. In: *Foreign Affairs* 90 (4), S. 57–68.
- Dueck, Colin (2015): The Obama doctrine. American grand strategy today. Oxford: Oxford University Press.
- Economist (2004): The triumph of the religious right. It may look like that, but liberals should think again before despairing. The Economist. <http://www.economist.com/node/3375543> (aufgerufen am 26.04.2016).
- Edwards III, George C. (2012): The Strategic President. Persuasion and Opportunity in Presidential Leadership. Princeton: Princeton University Press.
- Eichenberg, Richard C. (2005): Victory Has Many Friends. In: *International Security* 30 (1), S. 140–177.
- Entman, Robert M. (1993): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. In: *Journal of Communication* 43 (4), S. 51–58.
- Entman, Robert M. (2004): Projections of Power. Framing News, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy. Chicago: University of Chicago Press.
- Graaf, Beatrice de; Dimitriu, George; Ringsmose, Jens (2015): Introduction: shaping societies for war: strategic narratives and public opinion. In: Beatrice de Graaf, George Dimitriu und Jens Ringsmose (Hg.): Strategic Narratives, Public Opinion, and War. Winning domestic support for the Afghan War. New York, NY: Routledge, S. 3–14.
- Graham, Thomas (1994): Public Opinion and U.S. Foreign Policy Decision Making. In: Lance W. Bennett und David A. Deese (Hg.): The New Politics of American Foreign Policy. New York: St. Martin's Press, S. 190–215.
- Hamilton, Alexander (1994): The Federalist Nr. 1. In: Angela Adams und Willi Paul Adams (Hg.): Hamilton/Madison/Jay: Die Federalist-Artikel. Politische Theorie und Verfassungskommentar der amerikanischen Gründerväter. Paderborn: Schöningh, S. 1–5.
- Hartz, Louis (1973): The liberal tradition in America. An interpretation of American political thought since the Revolution. San Diego, Calif.: Harcourt Brace Jovanovich.

- Hermann, Margaret G. (2012): The Study of American Foreign Policy. In: Steven W. Hook (Hg.): Routledge Handbook of American Foreign Policy. New York, NY: Routledge, S. 3–18.
- Hils, Jochen (2006): Missionary Foreign Policy? Demokratie und gewaltsamer Demokratieexport der USA aus der Sicht der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen. In: Jochen Hils und Jürgen Wilzewski (Hg.): Defekte Demokratie - Crusader State? Die Weltpolitik der USA in der Ära Bush. Trier: WVT, S. 21–76.
- Hils, Jochen (2008): Der »demokratische Krieg« als Folge verfälschter Präferenzbildung? Eine systematische Formulierung des Manipulationsverdachts der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 15 (2), S. 237–271.
- Holsti, Ole R. (2007): Public Opinion and American Foreign Policy. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Holsti, Ole R. (1992): Public Opinion and Foreign Policy: Challenges to the Almond-Lippmann Consensus. In: *International Studies Quarterly* 36 (4), S. 439–466.
- Hopf, Ted (1998): The Promise of Constructivism in International Relations Theory. In: *International Security* 23 (1), S. 171–200.
- Höse, Alexander (2012): Die Bedeutung Europas in der Außenpolitik der USA: Salienz und Europabilder in der Exekutive und im Kongress. Wiesbaden: Springer VS.
- Hughes, David (2015): Unmaking an exception: A critical genealogy of US exceptionalism. In: *Review of International Studies* 41 (3), S. 527–551.
- Jacobson, Gary C. (2007): Referendum: The 2006 Midterm Congressional Elections. In: *Political Science Quarterly* 122 (1), S. 1–24.
- Jentleson, Bruce W. (1992): The Pretty Prudent Public: Post Post-Vietnam American Opinion on the Use of Military Force. In: *International Studies Quarterly* 36 (1), S. 49–73.
- Jentleson, Bruce W.; Britton, Rebecca L. (1998): Still Pretty Prudent. Post-Cold War American Public Opinion on the Use of Military Force. In: *Journal of Conflict Resolution* 42 (4), S. 395–417.
- Jones, Michael D.; McBeth, Mark K. (2010): A Narrative Policy Framework: Clear Enough to Be Wrong? In: *Policy Studies Journal* 38 (2), S. 329–353.
- Junker, Detlef (2003): Power and Mission. Was Amerika antreibt. Freiburg: Herder.
- Kagan, Robert (2006): Dangerous Nation. America's Place in the World from it's Earliest Days to the Dawn of the Twentieth Century. New York: Knopf.

- Kagan, Robert (2014): U.S. needs a discussion on when, not whether, to use force. *Washington Post*. https://www.washingtonpost.com/opinions/robert-kagan-us-needs-a-discussion-on-when-not-whether-to-use-force/2014/07/15/f8bcf116-0b65-11e4-8341-b8072b1e7348_story.html (aufgerufen am 11.04.2016).
- Keller, Patrick (2008): *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik. Ideen, Krieg und Strategie von Ronald Reagan bis George W. Bush*. Paderborn: Schöningh.
- Kernell, Samuel (1997): *Going Public. New Strategies of Presidential Leadership*. 3. Aufl. Washington, DC: CQ Press.
- Koschut, Simon (2012): Exzeptionalismus, Interventionismus und Isolationismus. In: Simon Koschut und Magnus-Sebastian Kutz (Hg.): *Die Außenpolitik der USA. Theorie-Prozess-Politikfelder-Religionen*. Opladen, Toronto: Budrich, S. 31–38.
- Krakau, Knud (2009): Exzeptionalismus und Mission. Privileg oder Gesteigerte Verantwortung für Amerikas Rolle in der Weltpolitik? In: Philipp Gassert (Hg.): *Was Amerika ausmacht. Multidisziplinäre Perspektiven*. Stuttgart: Steiner, S. 47–71.
- Krell, Gert (2004): *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen*. 3. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Kreps, Sarah E. (2007): The 1994 Haiti Intervention: A Unilateral Operation in Multilateral Clothes. In: *Journal of Strategic Studies* 30 (3), S. 49–474.
- Leikert, Katja (2010): *Zwischen Eindämmung und Diplomatie. Die US-Sicherheitspolitik gegenüber Iran und Nordkorea*. Baden-Baden: Nomos.
- Lipset, Seymour Martin (1997): *American exceptionalism. A double-edged sword*. New York: Norton.
- Madison, James (1994): Federalist Paper Nr. 37. In: Angela Adams und Willi Paul Adams (Hg.): *Hamilton/Madison/Jay: Die Federalist-Artikel. Politische Theorie und Verfassungskommentar der amerikanischen Gründerväter*. Paderborn: Schöningh, S. 207–215.
- Martel, William C. (2015): *Grand Strategy in Theory and Practice. The Need for an Effective American Foreign Policy*. New York, NY: Cambridge University Press.
- McBeth, Mark K.; Jones, Michael D.; Shanahan, Elizabeth A. (2014): The Narrative Policy Framework. In: Paul A. Sabatier und Christopher M. Weible (Hg.): *Theories of the Policy Process*. 3. Aufl. New York: Westview Press, S. 225–266.
- McCoy, Terrence: How Joseph Stalin Invented 'American Exceptionalism'. In: *The Atlantic*. <http://www.theatlantic.com/politics/archive/2012/03/how->

- joseph-stalin-invented-american-exceptionalism/254534/ (aufgerufen am 11.04.2016).
- McDougall, Walter A. (1997): *Promised Land, Crusader State. The American Encounter with the World Since 1776*. Boston: Houghton Mifflin.
- Mead, Walter Russell (2002): *Special Providence. American Foreign Policy and How It Changed the World*. New York: Routledge.
- Meiser, Jeffrey W. (2015): *Power and Restraint. The Rise of the United States 1898-1941*. Washington DC: Georgetown University Press.
- Miskimmon, Alistair; O'Loughlin; Roselle, Laura (2013): *Strategic Narratives. Communication Power and the New World Order*. New York, NY: Routledge.
- Monten, Jonathan (2005): *The Roots of the Bush Doctrine. Power, Nationalism, and Democracy Promotion in U.S. Strategy*. In: *International Security* 29 (4), S. 112–156.
- Moravcsik, Andrew (1997): *Taking Preferences Seriously. A Liberal Theory of International Politics*. In: *International Organization* 54 (4), S. 513–553.
- Moravcsik, Andrew (2003): *Liberal International Relations Theory. A Scientific Assessment*. In: Colin Elman und Miriam Fendius Elman (Hg.): *Progress in International Relations Theory*. Cambridge: MIT Press, S. 1–46.
- Moravcsik, Andrew (2008): *The New Liberalism*. In: Christian Reus-Smit und Duncan Snidal (Hg.): *The Oxford Handbook of International Relations*. Oxford: Oxford University Press.
- Mueller, John (1993): *The Polls - A Review. American Public Opinion and the Gulf War: Some Polling Issues*. In: *Public Opinion Quarterly* 57 (1), S. 80–91.
- Müller, Harald (2002): „Antinomien des demokratischen Friedens“. In: *Politische Vierteljahresschrift* 43 (1), S. 46–81.
- Müller, Harald (2004): *Demokratien im Krieg - Antinomien des demokratischen Friedens*. In: Christine Schweitzer, Björn Aust und Peter Schlotter (Hg.): *Demokratien im Krieg*. Baden-Baden: Nomos, S. 35–52.
- Müller, Marcus (2015): *A Theoretical Puzzle? Obamas Krieg gegen den Terrorismus und die Grenzen der liberalen Außenpolitikanalyse*. Kaiserslautern (Kaiserslautern Occasional Papers in Political Science, 5).
- Münch, Sybille (2016): *Interpretative Policy-Analyse. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Olmastroni, Francesco (2014): *Framing War. Public Opinion and Decision-Making in Comparative Perspective*. New York, NY: Routledge.

- Oneal, John R.; Lian, Brad; Joyner, Jr., James H. (1996): Are the American People "Pretty Prudent"? Public Responses to U.S. Uses of Force, 1950-1988. In: *International Studies Quarterly* 40 (2), S. 261–279.
- Paul, Heike (2014): *The Myths That Made America. An Introduction to American Studies*. Bielefeld: Transcript.
- Pollingreport (2015): Libya. <http://www.pollingreport.com/libya.htm> (aufgerufen am 11.04.2016).
- Posen, Barry R.; Ross, Andrew L. (1996/97): Competing Visions for U.S. Grand Strategy. In: *International Security* 21 (3), S. 5–53.
- Prestowitz, Clyde (2003): *Rogue Nation. American Unilateralism and the Failure of Good Intentions*. New York: Basic Books.
- Restad, Hilde Eliassen (2015): *American Exceptionalism. An idea that made a nation and remade the world*. London, New York: Routledge.
- Risse, Thomas (2003): Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen - warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde. In: Gunther Hellman und Michael Zürn (Hg.): *Die neuen internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, S. 99–132.
- Rosato, Sebastian (2003): The Flawed Logic of Democratic Peace Theory. In: *American Political Science Review* 97 (4), S. 585–602.
- Ruggie, John Gerard (1997): The Past as Prologue. Interests, Identity, and American Foreign Policy. In: *International Security* 21 (4), S. 89–125.
- Schweigler, Gebhard (1994): "America First"? Die öffentliche Meinung und die amerikanische Außenpolitik. In: Matthias Dembinski, Peter Rudolf und Jürgen Wilzewski (Hg.): *Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt*. Baden-Baden: Nomos, S. 23–67.
- Sohnius, Stephanie (2013): The United States: The American way of leading the world into democratic wars. In: Anna Geis, Harald Müller und Niklas Schörning (Hg.): *The Militant Face of Democracy. Liberal Forces for Good*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 51–88.
- Stephanson, Anders (1995): *Manifest Destiny. American Expansionism and the Empire of Right*. New York: Hill and Wang.
- The Telegraph (1994): Poll: Most Americans oppose U.S. military invasion of Haiti. In: *The Telegraph* 125, 23.06.1994 (69), S. 2.
- Torreon, Barbara Salazar (2015): *Instances of Use of United States Armed Forces Abroad, 1798-2015*. Congressional Research Service. <https://www.fas.org/sgp/crs/natsec/R42738.pdf> (aufgerufen am 11.04.2016).

- Trubowitz, Peter (2011): *Politics and Strategy. Partisan Ambition and American Statecraft*. Princeton: Princeton University Press.
- Turner, Federick Jackson (1921): *The Frontier in American History*. New York: Holt.
- Wendt, Alexander (1987): The Agent-Structure Problem in International Relations Theory. In: *International Organization* 41 (3), S. 335-370.
- Wendt, Alexander (1999): *Social Theory of International Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Western, Jon (2002): Sources of Humanitarian Intervention. Beliefs, Information, and Advocacy in the U.S. Decisions on Somalia and Bosnia. In: *International Security* 26 (4), S. 112–142.
- Western, Jon (2005): *Selling Intervention and War. The Presidency, the Media, and the American Public*. Baltimore, Md.: John Hopkins University Press.
- Wilzewski, Jürgen (1999): *Triumph der Legislative. Zum Wandel der amerikanischen Sicherheitspolitik 1981 - 1991*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Wilzewski, Jürgen (2016): Obamas Politik der nationalen Sicherheit: Die Fortführung der imperialen Präsidentschaft Bushs? In: Winand Gellner und Patrick Horst (Hg.): *Die USA am Ende der Präsidentschaft Barack Obamas. Eine erste Bilanz*. Wiesbaden: Springer VS, S. 339–364.
- Wittkopf, Eugene R. (1990): *Faces of Internationalism. Public Opinion and American Foreign Policy*. London: Duke University Press.
- Wittkopf, Eugene R.; Jones, Christopher M.; Kegley, Charles W. (2008): *American Foreign Policy. Pattern and Process*. 7. Aufl. Belmont, Calif.: Thomson Wadsworth.
- Yetiv, Steven A. (2011): *Explaining Foreign Policy. U.S. Decision-Making in the Gulf Wars*. 2. Aufl. Baltimore, Md.: John Hopkins University Press.
- Yoo, John (2005): *The Powers of War and Peace. The Constitution and Foreign Affairs after 9/11*. Chicago: University of Chicago Press.

Zum Autor

Lukas D. Herr, M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter & Doktorand, Technische Universität Kaiserslautern, Fachbereich Sozialwissenschaften, Politikwissenschaft II, Internationale Beziehungen/Außenpolitik

Kontakt: lukas.herr@sowi.uni-kl.de

**Kaiserslautern Occasional Papers in
Political Science (KOPS)**

ISSN 1861-7018

Herausgeber

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Technische Universität Kaiserslautern

Postfach 3049

67653 Kaiserslautern

[www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/
publikationen/kops/](http://www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/publikationen/kops/)